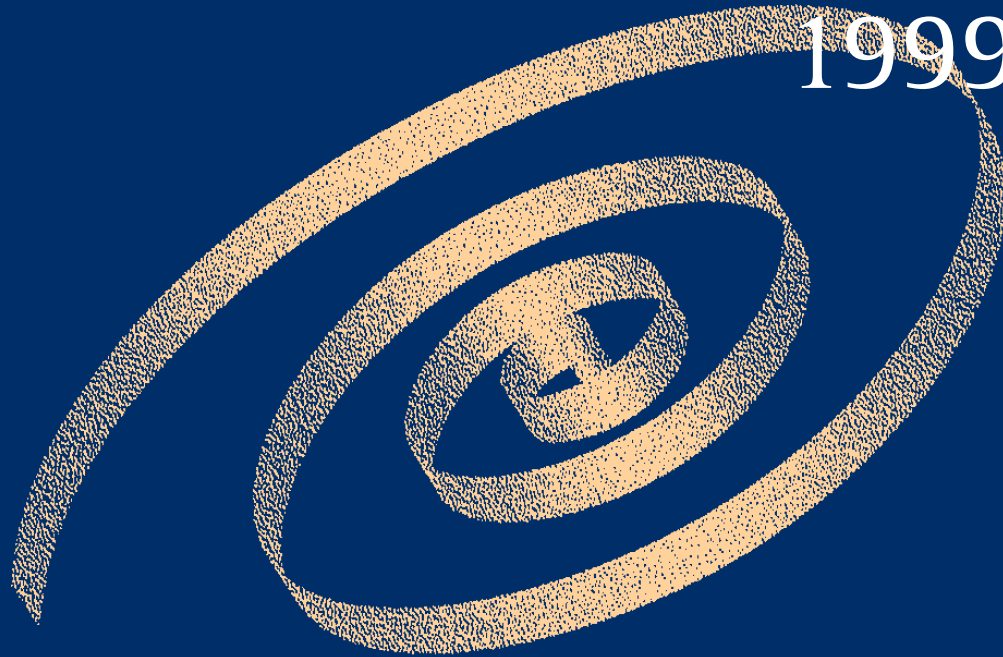


Förderpreis Aktive Bürgerschaft
– Innovation aus Tradition

Preisverleihung

1999



Förderpreis Aktive Bürgerschaft –
Innovation aus Tradition
Preisverleihung 1999

Am 24. November 1999 auf dem Gut Havichhorst
in Münster

Aktive Bürgerschaft DOKUMENTATIONEN sind kostenlos, sofern nicht anders angegeben. Bei Versand gegen 3 DM in Briefmarken.

Bisher erschienen

DOKUMENTATION 1

Beiträge. Bürgerschaftliches Engagement (z. Z. vergriffen)

DOKUMENTATION 2

Förderpreis Aktive Bürgerschaft - Innovation aus Tradition. Teilnehmer des Wettbewerbs 1998

DOKUMENTATION 3

Förderpreis Aktive Bürgerschaft - Innovation aus Tradition. Preisverleihung 1998

DOKUMENTATION 4

Wissenschaftspreis Aktive Bürgerschaft. Teilnehmer und Preisverleihung 1999

DOKUMENTATION 5

Förderpreis Aktive Bürgerschaft - Innovation aus Tradition. Teilnehmer des Wettbewerbs 1999

DOKUMENTATION 6

Förderpreis Aktive Bürgerschaft - Innovation aus Tradition. Preisverleihung 1999

In Vorbereitung

DOKUMENTATION 7

Wissenschaftspreis Aktive Bürgerschaft. Teilnehmer und Preisverleihung 2000

DOKUMENTATION 8

Förderpreis Aktive Bürgerschaft - Innovation aus Tradition. Teilnehmer des Wettbewerbs 2000

Vorwort

Die Bürgergesellschaft kann nicht von oben verordnet werden, sie wächst von unten.

Diese Überzeugung findet ihren praktischen Niederschlag in der Arbeit der Vereine, die mit dem Förderpreis Aktive Bürgerschaft - Innovation aus Tradition ausgezeichnet wurden. Zum zweiten Mal hat der Verein Aktive Bürgerschaft 1999 den gleichnamigen Wettbewerb für Vereine ausgeschrieben, die sich in herausragender Weise nach den Prinzipien der Solidarität und Mitverantwortung um das Gemeinwohl verdient gemacht haben. Die feierliche Verleihung der Preise an fünf Vereine, die am 24. November auf dem Gut Havichhorst in Münster stattfand, wollen wir mit dem vorliegenden Band 6 unserer Broschürenreihe dokumentieren.

„Will man erfolgreich sein mit Reformansätzen, die die Gesellschaft von unten her verändern wollen, dann muss man zunächst einmal die Menschen gewinnen“, so Dr. Klaus von Dohnanyi in seiner Festrede. Dass der Verein Aktive Bürgerschaft in dieser Hinsicht auf einem guten Weg ist, zeigt die große Resonanz des Wettbewerbs. Mit der Anerkennung und Publikation erfolgreicher Beispiele bürgerschaftlichen Engagements wollen wir anderen Mut machen, sich einzumischen, Neues zu wagen und Verantwortung im gesellschaftlichen Reformprozess zu übernehmen. Die Bürgerinnen und Bürger dabei durch Qualifizierung und Erfahrungsaustausch zu unterstützen und gleichzeitig Städte und Gemeinden zu ermutigen, Bürgerengagement zu ermöglichen, bleiben auch in den nächsten Jahren wesentliche Ziele des Vereins Aktive Bürgerschaft.

Dieter Pahlen

Vorsitzender des Vorstands

Dr. Ulrike Blanc

Projektleiterin

Inhalt

BEGRÜSSUNGEN	DIE PREISTRÄGER
5 Eberhard Heinke Vorsitzender des Kuratoriums, Vorsitzender des Vorstands WGZ-Bank Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG Düsseldorf	22 5. Preis: ASB Landesverband Hamburg e.V. Knut W. Fleckenstein
9 Karin Gruhlke Vertreterin des Preisträger 1998	25 4. Preis: Jahresringe e.V., Oranienburg Waltraud Walter
11 Dr. Berthold Tillmann Oberbürgermeister der Stadt Münster	29 3. Preis: Otur ve Yasa – Wohnen und Leben e.V., Berlin Kemal Akdüzgün
FESTVORTRAG	33 2. Preis: IG Äußere Neustadt e.V., Dresden Friederike Beier
14 Dr. Klaus von Dohnanyi Bundesminister a.D. und Erster Bürgermeister a.D., Hamburg	38 1. Preis: Bürgerverein Satellitenviertel e.V., Düren Heinz Blatzheim
	SCHLUSSWORT
	42 Dieter Pahlen Vorsitzender des Vorstands Aktive Bürgerschaft e.V.
	44 Die Preisträger 1999 Mitglieder der Jury
	45 Ausschreibungstext Mitglieder des Kuratoriums
	46 Impressum

BEGRÜSSUNG

Eberhard Heinke, Vorsitzender des Kuratoriums Verein Aktive Bürgerschaft

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Beermann,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Tillmann,
verehrte Gäste,

namens des Kuratoriums des Vereins Aktive Bürgerschaft begrüße ich Sie ganz herzlich zur zweiten Auflage der Verleihung unseres Förderpreises „Aktive Bürgerschaft – Innovation aus Tradition“. Ich freue mich, dass so viele Gäste heute nach Münster angereist sind, ist unser Verein doch noch ein sehr junger Verein. Gleichwohl scheinen unsere Aktivitäten bereits gute Wurzeln geschlagen zu haben, die von der Öffentlichkeit und damit von Ihnen, meine Damen und Herren, wohlwollend und unterstützend begleitet werden.

Wir haben mit unserem Anliegen der Aktivierung der Bürger, so erklären wir uns die hohe Resonanz, den Geist der Zeit getroffen. Ohne Zweifel ist die aktive Bürgerschaft eines der großen und wichtigen Themen in unserer heutigen modernen Gesellschaft. Allerdings, und dies mag uns erstaunen: das Thema ist keineswegs neu. Denn schon vor 2000 Jahren im alten Rom hat Cicero in seinem Hauptwerk „De re publica“ (Über den Staat) die Notwendigkeit einer aktiven Bürgerschaft beschrieben, da sich der Staat zusehends von den Bürgern entfremde.

Er fand diese Entwicklung höchst bedenklich und hat dies anhand vieler Beispiele belegt. In seiner Argumentation taucht dabei immer wieder der Begriff der „communis“ auf – ein Wort, das auch in unserem heutigen Sprachgebrauch einen festen Stellenwert hat. Das Wort „communis“ deutet auf Gemeinsamkeit hin und beschreibt damit letztlich die Identität von Kommune und Bürgern: Die Bürger sind die Kommune. Letztere ist also kein Selbstzweck, sondern eine gemeinsame Interessenvertretung, die von aktiven Bürgern getragen wird. Soweit an dieser Stelle die Gedanken Ciceros.

Nun möchte ich unsere heutige Zeit keinesfalls mit den Zuständen im alten Rom vergleichen; die Entfremdung des Staates von seiner ihn tragenden Basis, nämlich der Bürgerschaft, ist jedoch ein Phänomen, welches bis in die heutige Zeit hinein Gültigkeit besitzt. Bedenkt man, dass der überwiegende Teil der staatlichen Aufgaben Dienstleistungscharakter für den Bürger hat, so ist gleichwohl festzustellen, dass von einem optimalen

Service, wie wir ihn beispielsweise von unserer bedürfnisorientierten Marktwirtschaft her kennen, keine Rede sein kann.

Dies kann jedoch nicht weiter verwundern, da es den staatlichen Einrichtungen an Wettbewerbern fehlt. Die Frage, die sich damit stellt, lautet: wie kann man derartigen Entwicklungen entgegenwirken?

Die Antwort findet sich ebenfalls bereits bei Cicero: Er weist unmissverständlich darauf hin, dass der Staat zu seinen Ursprüngen zurückfinden muss. Cicero verwendet in diesem Zusammenhang das Wort „civitas“, welches soviel wie „Bürgerschaft“ bedeutet. Konkret bezeichnet er damit den privaten Zusammenschluss der Bürger im Verhältnis zur öffentlichen „communis“.

Was heißt es nun konkret, dass der Staat zu seinen Ursprüngen zurückfinden muss? Das bedeutet nichts anderes, als dass die Kommune sich wieder aktiver mit den Problemen und Bedürfnissen ihrer Bürger auseinandersetzen muss. Im Gegenzug müssen die Bürger die Möglichkeit erhalten, sich ebenfalls intensiver als in der Vergangenheit in das öffentliche Geschehen einbringen zu können.

Betrachtet man die öffentliche „communis“ und die private „civitas“ bildlich gesprochen wie zwei nebeneinander stehende Kreise, so sind diese gewissermaßen ineinander zu verschieben, um eine möglichst große Schnittmenge zu erhalten. Übereinstimmendes Ziel muss es dabei sein, das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger problem- und bedürfnisorientiert unter Mithilfe der Kommunen zu verbessern und Freiräume für eine kreative Gestaltung des Miteinanders zu schaffen. Bürokratische Strukturen sind hierbei denkbar hinderlich, denn wir leben nun einmal in einer dynamischen Umwelt.

Meine Damen und Herren, ein derartiger Ansatz setzt jedoch einen mündigen und engagierten Bürger voraus, der sich nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe aktiv in die öffentlichen Belange einbringt. An dieser Stelle wird die Bedeutung des Ehrenamtes deutlich: Ohne ehrenamtlich tätige Bürger, sei es im sozialen, kulturellen, religiösen oder sportlichen Bereich, ist eine aktive Bürgerschaft nicht umsetzbar.

Und hier konkret, meine sehr geehrten Damen und Herren, setzen die Aktivitäten des Vereins Aktive Bürgerschaft an. Im Jahre 1997 von dem im vorigen Jahr verstorbenen Stadtdirektor a.D. der Stadt Münster, Herrn Hermann Janssen, sowie der genossenschaftlichen Organisation gegründet besteht der Zweck unseres Vereins darin,

- die Bürgerorientierung als Leitziel der Reform von Politik und Verwaltung hervorzuheben,
- aktive Bürger als Partner von Politik und Verwaltung zu gewinnen und

- die Wiederbelebung und Ausbreitung des Ehrenamtes im Sinne der Stärkung der Mitverantwortung für andere zu verfolgen.

Nun mag sich der eine oder andere unter Ihnen fragen, meine Damen und Herren, weshalb der Verein Aktive Bürgerschaft durch die genossenschaftliche Organisation unterstützt wird. Die Gründe liegen darin, dass die Organisationsformen von Kommunalverwaltungen und Genossenschaften in ihren Prinzipien sehr ähnlich sind:

- Sowohl Kommune als auch Genossenschaft unterliegen einem über das Materielle hinausgehenden Förderauftrag gegenüber den ihnen verbundenen Mitgliedern bzw. Bürgern.
- Beide Organisationsformen unterliegen der Selbstverwaltung.
- Beide Organisationsformen sind demokratisch ausgerichtet.
- Beide Einrichtungen können von den Mitgliedern bzw. Bürgern nach Maßgabe der Förderungszwecke genutzt werden.
- Beide Organisationsformen unterliegen schließlich dem Subsidiaritätsprinzip.

Diese Parallelen bringen viele praktische Vorteile für die Vereinsarbeit mit sich, da sich die Genossenschaften als wichtiger Bestandteil des marktwirtschaftlichen Systems mit 13 Millionen Mitgliedern und 30 Millionen Kunden – allein im genossenschaftlichen Bankbereich in Deutschland – bewährt haben. Aus deren täglicher Arbeit heraus finden sich vielfältige Ansatzpunkte für bürgerschaftliche Aktivitäten im Zusammenspiel mit der Kommune. Die weite Verbreitung der Genossenschaften ist dem Vereinszweck dabei besonders förderlich, da durch die enge Einbindung der Genossenschaften in die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Belange der einzelnen Regionen in idealer Weise ein bundesweites Reform-Netzwerk aufgebaut werden kann. Ergänzt wird dieses durch die enge Kooperation des Vereins Aktive Bürgerschaft mit der Bertelsmann-Stiftung, die über langjährige Erfahrung in bürgerschaftsorientierten Projekten verfügt. Den Höhepunkt unserer Vereinsarbeit, meine Damen und Herren, stellt die jährliche Preisverleihung an bürgerschaftliche Organisationen dar, die mit wegweisenden Beispielen über ihr traditionelles Arbeitsgebiet hinaus aktiv Mitverantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.

Auch in diesem Jahr ging wieder die beachtliche Zahl von 200 Bewerbungen bei uns ein, die wir nach strengsten Kriterien ausgewertet haben. Da durchweg alle Bewerbungen hoch interessant waren und sich zudem sehr nah an den Beurteilungskriterien bewegten, stand die Jury aus Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und bürgerschaftlichen Organisationen vor der schwierigen Aufgabe, aus dieser großen Anzahl die fünf Preisträger auszuwählen.

Zur Erleichterung haben daher im Vorfeld die Mitarbeiter des Vereins

in einer Vorauswahl 15 Vereine selektiert, die sich ganz besonders eng an den Ausschreibungskriterien orientiert haben. Dabei waren vor allem die Aktivitäten, die über das traditionelle Arbeitsgebiet des Vereins hinausgehen, von zentraler Bedeutung. Aus dieser Vorauswahl hat die Jury dann die fünf Preisträger ermittelt, bei denen anschließend eine „Vor Ort“-Recherche durch die Mitarbeiter des Vereins Aktive Bürgerschaft durchgeführt wurde. Alle fünf Preisträger

Alle fünf Preisträger konnten dabei ohne Einschränkung in ihrer Vereinsarbeit überzeugen.

konnten dabei ohne Einschränkung in ihrer Vereinsarbeit überzeugen. Natürlich verrate ich an dieser Stelle

noch nicht, wie die Preise unter ihnen verteilt werden. Ein bisschen Spannung muss schließlich sein.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, an dieser Stelle nochmals recht herzlich zur Verleihung des Förderpreises „Aktive Bürgerschaft – Innovation aus Tradition“ willkommen heißen und darf dies mit einem persönlichen Dank verbinden. Einem Dank an Sie, dass Sie heute gekommen sind und unsere Vereinsarbeit bisher so gut unterstützt haben, einem Dank an die Jury sowie die Mitarbeiter des Vereins für die sorgfältige Auswahl der Preisträger und einem Dank an die finanziellen Träger des Vereins Aktive Bürgerschaft, namentlich die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die R+V-Versicherung, die WL-Bank sowie die WGZ-Bank. Ein ganz besonderer Dank gilt jedoch den vielen ehrenamtlichen Vereinsmitgliedern, die heute hierhin nach Münster gekommen sind, für ihr hohes Engagement und ihren Mut zur Bewerbung.

Ohne Sie, meine Damen und Herren, wäre diese Veranstaltung heute nicht denkbar.

Schließlich gebührt ein herzlicher Dank Herrn Bundesminister a.D. und ehemaligen Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg, Dr. Klaus von Dohnanyi, den wir für den heutigen Tag als Festredner gewinnen konnten, und den ich an dieser Stelle ganz herzlich willkommen heiße. Ich freue mich, heute hier mit Ihnen einen ausgewiesenen Experten zum Thema Bürgerverantwortung und Reformen in Deutschland vorstellen zu können.

Abschließend darf ich nun Frau Gruhlke als Vertreterin der Preisträger des Jahres 1998 an das Rednerpult bitten, die uns über die Fortschritte des Reformnetzwerkes der Preisträger in den vergangenen zwölf Monaten berichten wird.

Karin Gruhlke, Vertreterin der Preisträger 1998

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich die Ehre habe, Sie heute im Namen der ersten Preisträger dieses Wettbewerbes begrüßen zu dürfen. Ganz besonders begrüße ich natürlich die zukünftigen Preisträger.

Ich bin Karin Gruhlke und komme vom Bürgerkomitee Südstadt e.V. in Parchim. Im letzten Jahr saßen wir hier in der ersten Reihe – aufgeregt und mit einem recht „mulmigen“ Gefühl im Bauch. Aber ich bin sicher, das bewährte Team mit und um Herrn Nährlich und Frau Blanc hat alles nur Mögliche getan, um auch Ihnen das ganze „Rundherum“ so angenehm wie möglich zu gestalten.

Für uns war diese Auszeichnung nicht nur der Empfang des Geldes. Sicher, mit dieser Finanzspritze und einem Zuschuss der Robert Bosch Stiftung haben wir im vergangenen Jahr den Überlebenskampf für unsere

Auszeichnung und Anerkennung unserer Arbeit in der Öffentlichkeit öffnete uns viele Türen, sogar in der eigenen Kommune!

Einrichtung gewonnen. Ebenso wichtig und für die Perspektive von großer Bedeutung waren aber die eigentliche Auszeichnung und Anerkennung unserer Arbeit in der Öffentlichkeit. Diese

öffnete uns viele Türen, sogar in der eigenen Kommune! Der Kontakt zu einzelnen Verwaltungen hat sich merklich verbessert. Wir hatten Aufmerksamkeit erregt. Es kamen anerkennende Worte, Glückwünsche, interessierte Nachfragen und sogar Hilfeangebote.

Nun, die finanziellen Schwierigkeiten werden jedes Jahr neu auftreten und auf Grund der kommunalen Haushaltslagen immer gravierender werden. Da tut es gut zu wissen, dass man nicht allein ist. Denn die erfahrenen und doch immer wissensdurstigen Preisträger des vergangenen Jahres arbeiten, wie ich meine, inzwischen sehr intensiv und konstruktiv zusammen im „Reformnetzwerk Innovativer Vereine“ des Vereins Aktive Bürgerschaft e.V. Hier können nicht nur Erfahrungen ausgetauscht, sondern auch ganz konkrete Themen behandelt werden. Sie sollen helfen, gemeinsam, auch an ganz konkreten Beispielen aus den Projekten, Problemlösungsmöglichkeiten zu finden. Gerade im Zuge der immer knapper werdenden Mittel, der steigenden Leistungserwartungen und schwieriger zu realisierenden Förderkriterien muss man sich auf die vielen unterschiedlichen Ressourcen besinnen, die gemeinsam genutzt werden können. Es ist immer wieder interessant, wie gut und vor allem wie schnell man sich mit Hilfe des Netzwerkes untereinander helfen kann. Viele neue Erkenntnisse können vermittelt bzw. erworben werden. Und ich hoffe, durch die Mitarbeit der „Neuen“ wird diese Runde noch vielseitiger, interessanter und ergiebiger!

Gemeinsam haben wir gelernt, worauf es ankommt und was wichtig für uns ist: Fachlich fundierte Weiterbildung und professionelle Beratung, aktuelle Information, intensive Öffentlichkeitsarbeit, präzise und verständliche Präsentation, gezielte Mitgliederwerbung sowie die Bündelung der Kräfte und die bereits erwähnte gemeinsame Nutzung von Ressourcen können zum Weiterbestehen vieler Initiativen beitragen, insbesondere auch die Aktiven und Interessenten fit machen für ein freiwilliges ehrenamtliches Bürgerengagement.

Dr. Berthold Tillmann, Oberbürgermeister der Stadt Münster

Sehr geehrter Herr Dr. von Dohnanyi,
sehr geehrter Herr Pahlen,
sehr geehrter Herr Heinke,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie heute hier sehr herzlich in Münster auf Gut Havichhorst.

Ich denke, die meisten von Ihnen, die nicht in Münster wohnen, werden schon das eine oder andere Mal in unserer Stadt gewesen sein, und Ihnen wird unsere schöne Altstadt im Gedächtnis geblieben sein, denn häufig werden hochrangige Veranstaltungen wie diese in der Innenstadt durchgeführt. Heute hat Sie nun die Einladung des Vereins Aktive Bürgerschaft in den Osten unseres Stadtgebietes geführt, und sie konnten bei der Fahrt hierher feststellen, warum Münster als grüne Stadt gilt. Und nach Ihrer Ankunft werden Sie festgestellt haben, dass das Gut Havichhorst als „erste Adresse“ in Münster gilt, auf die wir sehr stolz sind. Denn etwa zwei Drittel des Münsteraner Stadtgebiets sind Grünflächen, Wälder oder werden von der Landwirtschaft genutzt. Dafür, dass der Verein „Aktive Bürgerschaft“ Ihnen so anschaulich auch einmal diese Seite Münsters präsentiert hat, danke ich den Veranstaltern sehr herzlich.

Eine aktive Bürgerschaft, das wünscht sich, vornehmlich in den berühmten Sonntagsreden, jeder Oberbürgermeister. Heute wünsche ich mir und Ihnen das allerdings auch an einem normalen Werktag, das heißt im kommunalen Alltag. Warum?

Lassen Sie mich mit einem Zitat antworten: „Ferner zeigt die Erfahrung, dass Städte, in denen das Volk herrscht, in kürzester Zeit außerordentlich

„Ferner zeigt die Erfahrung, dass Städte, in denen das Volk herrscht, in kürzester Zeit außerordentlich Fortschritte machen, viel mehr als solche Staaten, die immer unter einem Fürsten gelebt haben.“

Fortschritte machen, viel mehr als solche Staaten, die immer unter einem Fürsten gelebt haben.“

Niccolo Machiavelli hat diese Auffassung vor mehr als 400 Jahren formuliert. Machiavelli beschäftigt sich mit dem Zusammenleben in einer

Stadt, ehrlicherweise sollte man auch sagen, vor allem mit der Herrschaft über eine Stadt. (Ich habe sein berühmtes Buch „Der Fürst“ aber nicht deshalb und schon lange vor meiner Wahl zum Oberbürgermeister gelesen). In der Tat sind Städte spannend zu beobachtende Organismen. In der Stadt kommen alle Ausprägungen in unserer Gesellschaft konzentriert zusammen. Die Stadt ist der Fokus, der Seismograph unserer Gesellschaft.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen. Ich hatte zu Beginn unsere auch stark ländliche Struktur hier in Münster erwähnt. Auf dem Lande ist es üblich, dass Nachbarn sich helfen, miteinander Familienfeste feiern. Dabei wohnen diese Nachbarn manchmal nicht einmal in Sichtweite. Nun könnte man ja meinen, in der Stadt sei das ähnlich. Doch wir alle wissen, dass der nächste Nachbar, mit dem man ja zumeist Wand an Wand lebt, hier oft ein nahezu völlig unbekanntes Wesen ist. Dies hängt unter anderem auch damit zusammen, dass man es auf dem Land – anders als in den Städten – gewohnt ist, sich selbst und gegenseitig zu helfen, weil es im Gegensatz zu den Städten häufig gar keine staatlichen oder wie auch immer gearteten öffentlichen Einrichtungen gab, die das übernahmen. Daher sind vor allem in unseren Städten die Ansprüche an die öffentlichen Einrichtungen, die Verwaltungen, die Kirchen und Verbände ins Unendliche gestiegen.

Dazu hat – das sage ich auch selbstkritisch – sicherlich auch so mancher Politiker beigetragen, der den Eindruck vermittelt hat, dass der Staat und die Politik nahezu alles regeln könnten. Da aber der Staat niemals alle Ansprüche wird erfüllen können, wie wir gerade im Sozialbereich zur Zeit schmerzhaft registrieren müssen, ist Selbstbeschränkung vonnöten: Selbstbeschränkung der öffentlichen Hand ist vonnöten – und das nicht allein aus finanziellen Erwägungen. „Die öffentliche Hand kann im sozialen Bereich nur das Grobe und nicht das ganz Feine machen, und sie sollte sich nicht anmaßen, mehr zu können.“ So hat der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, das, was wir gerne auch Subsidiaritätsprinzip nennen, in dankenswerter Klarheit formuliert. Doch dennoch muss „das Feine“, wie Rommel es genannt hat, selbstverständlich ebenfalls gemacht werden. In Eigenregie, der Menschen in Kommunen zur Selbsthilfe, einzeln oder gemeinsam – eben, weil der Staat damit zwangsläufig überfordert ist. Doch der Staat, Bund, Land und vor allem die Städte müssen dieses Engagement nach Kräften fördern.

Selbsthilfe, aktive Bürgerinnen und Bürger – das ist in Münster so selbstverständlich, dass wir selbst schon gar nicht mehr merken, mit welchem Pfund wir hier eigentlich wuchern und wie gut es uns geht. Münster hat vor sechs Jahren sein 1200jähriges Bestehen gefeiert. Bei uns haben die Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt gefeiert – und zwar das ganze Jahr. Einge kaufte Events gab es nicht. Am Ende dieses Jahres zählten wir mehr als 1000 Einzelveranstaltungen, ganz große und ganz kleine. Und an der Organisation und Durchführung dieser Veranstaltungen waren schätzungsweise 30.000 Menschen beteiligt, mehr als ein Zehntel unserer gesamten Bevölkerung. Dieses Stadtjubiläum war das Werk unseres ehemaligen Stadtdirektors Hermann Janssen, der es wie kein Zweiter geschafft hat, dieses bürgerschaftliche Engagement zu aktivieren. Mit dem

Verein Aktive Bürgerschaft wollte er dazu beitragen, diese Erfahrungen und Ansätze aus Münster heraus in ganz Deutschland zu verbreiten.

Sie können sich denken, dass das Münsteraner Stadtjubiläum Folgen hatte. Da hatten Menschen gemeinsam etwas organisiert und auf die Beine gestellt, die zuvor nie etwas miteinander zu tun gehabt hatten, und die auch ohne das Stadtjubiläum nie zusammengekommen wären, aber

Da hatten Menschen gemeinsam etwas organisiert und auf die Beine gestellt. Ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl braucht eine Stadt.

die jetzt noch gemeinsam aktiv sind. Münster ist durch dieses Stadtjubiläum „dichter“ geworden, die Menschen sind enger zusammengedrückt, sie sind Nachbarn geworden. Und so etwas, ein solches Zusammengehörig-

keitsgefühl, braucht eine Stadt.

Doch Münsters aktive Bürgerschaft kann natürlich nicht nur ein sechs Jahre altes Stadtjubiläum vorweisen. Münster verfügt über eine vielfältige Landschaft von freien Trägern, wie sie sonst wohl nirgendwo zu finden ist. So war Münster bereits auf dem Weg zur Vollversorgung mit Kindergartenplätzen, als man im Bundestag noch gar nicht an den Rechtsanspruch dachte – und zwar vor allem mit Hilfe der freien Träger. Münster ist wahrscheinlich die einzige Großstadt in Deutschland, die kein städtisches Krankenhaus besitzt – weil freie Träger diese Aufgabe übernommen haben. Münster hat ein Gesundheitshaus und ein Umwelthaus gebaut – damit die vielen Umweltinitiativen und die Selbsthilfegruppen aus dem Gesundheitsbereich jeweils unter ein gemeinsames Dach kommen. In Münster entscheidet nicht die Stadt über die Vergabe von Sportfördermitteln – das machen bei uns die Sportvereine selbst im Stadtsportbund. Und wir haben vor wenigen Wochen unsere Freiwilligenagentur eröffnet, die im Stile einer Ehrenamtsbörse Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, aber nicht genau wissen, wo und wie das so möglich ist, wie sie sich das vorgestellt haben, die diese Menschen also an Verbände, Vereine und Initiativen vermittelt, die der Hilfe durch Ehrenamtliche bedürfen.

All dies sei nur schlagwortartig erwähnt. Sicherlich ist Münster bei der Förderung des Ehrenamts nicht vollkommen, doch ich denke, einige gute Ideen können wir schon vorweisen. Heute habe ich als Oberbürgermeister der Stadt Münster die Chance, von anderen Städten zu lernen. Darauf bin ich sehr gespannt. Ich begrüße Sie nochmals sehr herzlich hier bei uns in Münster. Den Preisträgern übermittle ich schon einmal die Glückwünsche der Stadt Münster, und den Veranstaltern vom Verein Aktive Bürgerschaft danke ich, dass diese Preisverleihung in Münster stattfindet. Uns allen gemeinsam wünsche ich eine schöne Preisverleihung.

Dr. Klaus von Dohnanyi, Bundesminister a.D. und Erster Bürgermeister a.D., Hamburg

Herr Heinke, Herr Kollege Tillmann, Frau Kollegin Thoben, Herr Regierungspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte mich zunächst sehr herzlich dafür bedanken, heute morgen die Möglichkeit zu haben, an der Preisverleihung der Förderpreise Aktive Bürgerschaft teilzunehmen.

Der Verein Aktive Bürgerschaft hat sich bei seiner Gründung vor wenigen Jahren mit der Reform von Politik und Verwaltung hohe und weit gesteckte Ziele gesetzt und die Bürgerorientierung als Leitziel in den Mittelpunkt gerückt. Die Bürger sollen Partner sein; das Ehrenamt und die Mitverantwortung sollen gestärkt werden. Und dies soll unter anderem durch das Hervorheben von nachahmenswerten Beispielen geschehen, wie wir dies heute morgen erleben.

Bürgerchaftliches Engagement und notwendige Reformen

Wenn ich die Grundüberlegung des Vereins und seine Arbeit richtig verstehe, dann geht es um zwei Dinge: Es geht zum einen um eine Erneuerung des demokratischen Engagements, basierend auf der Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger. Zum anderen geht es dem Verein um eine prinzipielle Stärkung der kleineren Einheiten, der Kommunen, in den großen Städten auch der Bezirke oder Stadtteile. Dabei geht es nicht nur darum, das politische Engagement voranzutreiben, sondern auch um eine qualitative Verbesserung der Arbeit. Die Bürger und Bürgerinnen, die direkt an einer Sache beteiligt sind, wissen meistens mehr als wir selbst – als die Stadtverwaltung oder die entsprechende Regierung. Wir brauchen den Rat engagierter Bürgerinnen und Bürger. Wir können ihn uns einholen, aber er muss auch eingebracht und uns vorgetragen werden. Die Qualität der Arbeit wächst dabei. Bürgerorientierte Kommunen sind Wege zur Stärkung der Demokratie, und eine gestärkte Demokratie hilft der Kommune, sich bürgerorientiert zu verhalten.

Sie erwähnten schon, Herr Heinke, dass der Verein Aktive Bürgerschaft gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung bereits eine Entwicklung eingeleitet hat, nämlich diejenigen Kommunen auszuzeichnen, die in besonderer Weise dazu beitragen, dass sich in ihrem Rahmen eine solche bürger-

orientierte Selbstverantwortung entwickelt. Wir wissen alle, dass es tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft gibt, die in unser unmittelbares Lebensumfeld hineinreichen. Am Beginn der Initiative Aktive Bürgerschaft stand, so scheint mir, eine begründete Beunruhigung. Eine Beunruhigung, die durch Schlagworte wie Globalisierung, Individualisierung, Ende der Arbeitsgesellschaft, Krise des Wohlfahrtsstaates, politischer Reformstau, Politikverdrossenheit hervorgerufen wird.

Auf der einen Seite stehen wir der beschleunigten Veränderung unserer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und -strukturen und dem verständlichen Wunsch nach Schutz durch die Gemeinschaft – dem Staat oder der staatlichen Gebietskörperschaft, also auch der Kommune – gegenüber. Ich verweise nur auf den Fall Philip Holzmann in diesen Tagen: ein an sich selbstständiges Unternehmen, das sich den Risiken des Marktes ausgesetzt hat. Aber in der entscheidenden Stunde wird jetzt der Bundeskanzler nach Frankfurt fahren müssen, um mit den Banken über die Frage der Sicherung des Unternehmens zu verhandeln. Der Staat wird also immer wieder als Quelle möglicher Unterstützung angesehen. Auf der anderen Seite wissen wir, dass gerade der Staat mit seinen bisherigen Instrumenten diesen Schutz nicht mehr gewähren kann. Dadurch entsteht Politikverdrossenheit, man wendet sich von der Politik ab mit der Folge einer Entleerung der demokratischen Substanz.

Dies, meine Damen und Herren, ist kein spezifisch deutsches Problem. In den letzten Tagen haben die Regierungschefs, die glauben, sich politisch nahe zu sein – Herr Clinton, Herr Schröder, Cardoso aus Brasilien, Jospin aus Frankreich, Tony Blair aus England und allerhand Teilnehmer aus Italien – zusammengesessen. Sie haben alle über dieselben Klagen gesprochen: über die Entfernung der Menschen von der Politik und über die Frage, wie man dieses Engagement und die notwendige Sicherheit für die Menschen wiedergewinnen kann. Ich kann in dieser kurzen Festrede nicht auf alle Einzelheiten, die hier angeschnitten werden müssten, eingehen. Ich will nur sagen: Die gewisse Verachtung für die Politik, die in diesem Zusammenhang entstanden ist, ist nichts Neues. Wie Sie wissen, gibt es schon im Faust dieses berühmte Zitat: „Ein garstig Lied, pfui, ein politisch Lied.“ Und zu Ihrem Vergnügen möchte ich Ihnen ein Gedicht vorlesen von dem Barockdichter Friedrich von Logau, der von 1604 bis 1655 lebte. Es heißt wie folgt:

„Anders sein und anders scheinen,
anders reden, anders meinen,
alles loben, alles tragen,
alles heucheln, stets Behagen,
allem Winde Segel geben,
Bösen, Guten dienstbar leben,

alles tun und alles dichten,
 bloß auf einen Nutzen richten,
 der sich dessen will befleißigen,
 kann politisch heuer heißen.“

Im Dreißigjährigen Krieg, wohlgemerkt, und nicht in unseren Tagen.

Die Welt, die sich verändert und die Sie und wir von unten, durch entsprechende Reformen, verändern wollen, ist in einem Konflikt, der in einem großen theoretischen Zusammenhang steht, den man mit wenigen Worten skizzieren kann: Wenn die Informationen immer weiter reichen, wenn die Kommunikation immer größere Räume erfasst, dann nehmen diese größeren Räume immer mehr Einfluss auf den eigenen Lebensraum. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, auf diese größeren Räume zu reagieren –

Der Markt ist weltweit, aber die Politik erfindet Grenzen.

allerdings nur im Rahmen der Entscheidungsmöglichkeiten des kleinen Raumes. Der Markt ist weltweit, aber die Politik erfindet Grenzen. Wenn wir in Deutschland Gesetze machen, machen wir die Gesetze für Deutschland, wenn ein Gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen erlassen wurde, gilt es im Lande Nordrhein-Westfalen. Und wenn die Stadt Münster in ihrem Rahmen bestimmte Verfügungen erlässt, dann haben sie eben nur in diesem Rahmen Gültigkeit – schon außerhalb der Grenzen der Stadt gelten sie nicht mehr. Sie haben Machiavelli zitiert; ich erinnere an ein Zitat von Aristoteles, der, noch vor

„Die Demokratie reicht immer so weit, wie die Stimme des Herolds reicht“.

Cicero, gesagt hat: „Die Demokratie reicht immer so weit, wie die Stimme des Herolds reicht“. Nur der Raum, der von den Menschen noch erfasst

werden kann, ist im Grunde genommen auch demokratisch erfassbar. Die Strukturen, die im Zuge der Globalisierung und mit der Entwicklung der Informationsgesellschaft entstehen, das heißt die großen Entfernungen, die immer größer werdenden Einzugsräume, sind dem Ursprung der Demokratie fremd. In dieser sich verändernden Lage bedarf die Demokratie einer Erneuerung. Es geht also darum, zentralistische Entscheidungen und Strukturen aufzulösen und ihnen mit dezentralen Entwicklungen und Entscheidungsmöglichkeiten entgegenzuwirken. Daraus ergibt sich eine entscheidende Aufgabe der Politik: Die einzige Möglichkeit, mit dieser Situation umzugehen ist, Menschen, Unternehmen, Kommunen, kleine Einheiten zu befähigen, sich in dieser Entwicklung selbst zu behaupten.

Drei deutsche Eigenschaften

1. Gemeinsinn

Die Globalisierung ist ein Prozess, der alle Nationen und Menschen im gleichen Maße trifft. Aber wir selbst begegnen dieser Entwicklung mit unseren eigenen Eigenschaften und Strukturen. Wir sind keine Amerikaner und reagieren auch nicht wie Amerikaner. Wir sind auch keine Holländer, keine Engländer – wir sind Deutsche, wir haben eine ganz bestimmte Ausgangsstruktur. Diese beruht auf einem Gemeinschaftsbewusstsein, das Deutschland schon immer entscheidend geprägt hat. Die Tatsache, dass das in den Nazi-Jahren missbraucht werden konnte, bedeutet noch lange nicht, dass das eine schlechte Eigenschaft ist. Hinter dem so oft zitierten Rheinischen Kapitalismus, dem deutschen Korporatismus steht eine tiefe deutsche Tradition. Die Deutschen waren im 19. Jahrhundert die Erfinder des Sozialstaates. Der Sozialstaat ist eine deutsche intellektuelle und geistige Schöpfung gewesen. Das Kaiserreich hat am Ende des letzten Jahrhunderts – also vor 100 Jahren – mit sozialstaatlichen Einrichtungen als Werbung für Deutschland die Weltausstellung bestimmt. Dort gab es einen Pavillon über das Gesundheits- und Rentensystem in Deutschland. Während in anderen Ländern die Vereine von Nationalökonomien als „Vereine von Nationalökonomien“ bezeichnet werden, heißt der deutsche Verein der Volkswirte „Verein für Socialpolitik“, mit „c“ geschrieben, weil er im 19. Jahrhundert gegründet wurde. Im Verein für Socialpolitik sitzt die Elite der deutschen Volkswirte, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das heißt, wir haben eine ganz andere Einstellung zu diesen Dingen, das Soziale ist uns näher, es hat eine aktive, lange Tradition.

2. Föderalismus

Und wir haben noch etwas Feines: Wir sind eine späte Staatsnation, erst im 19. Jahrhundert wurde Deutschland ein Nationalstaat. Wir haben immer eine föderalistische Struktur gehabt. Das heißt, wir haben zwei entscheidende Eigenschaften, die uns zum Beispiel von unseren britischen Kollegen unterscheiden. Die Briten waren immer zentralistisch. Nachdem England die Schotten unterworfen hatte, war Großbritannien ein zentralistisch von London her regiertes Land, und die Gemeinschaft bestand darin, dass Individuen ihre eigenen Interessen miteinander vertraten. Wir haben eine dezentrale Struktur. Das hat unter anderem dazu geführt, dass unsere Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Deutschland besser waren als in Großbritannien, den Vereinigten Staaten oder auch in Frankreich. Wir hatten und haben Betriebsräte, die in großer Kreativität

gemeinsam mit Unternehmensleitungen Entscheidungen treffen können und von der ganzen Welt bewundert werden. Reformen in der Zeit der Globalisierung treffen also auf ein sehr intensiv organisiertes Sozialsystem, das versuchen muss, mit den immer stärker werdenden Kräften außerhalb unserer Gesellschaft fertig zu werden.

Ich glaube, dass man in einer solchen Entwicklung nur durch Mehrbefähigung des Einzelnen, aber auch des einzelnen Betriebes und der Kommunen, der kleinen Einheiten in der Lage ist, dieser Entwicklung zu begegnen.

Das ist unsere Problematik, der wir nun in besonderer Weise gegenüberstehen durch das, was man den deutschen Föderalismus nennt. Ich glaube, wir begreifen alle, dass man in einer solchen Entwicklung nur durch Mehrbefähigung des Einzelnen, aber auch des einzelnen Betriebes und der Kommunen, der kleinen Einheiten in der Lage ist, dieser Entwicklung zu begegnen. Dazu kann und muss der Staat Anreize geben.

Es gibt auch auf staatlicher Seite die Möglichkeit, über Wettbewerbe etwas zu bewirken, ganz vergleichbar mit dem, was Sie hier mit „Aktive Bürgerschaft“ versuchen zu leisten. Es gab zum Beispiel einen Wettbewerb „Bioethik“, den noch Herr Rüttgers gemacht hat. Das scheint und schien nur ein Wettbewerb der Wissenschaft gewesen zu sein. Aber die Voraussetzung war, dass Regionen sich selbst zusammenfinden, sich selbst organisieren und neu vernetzt in einen Wettbewerb um die Förderung der Biotechnologie eintreten. Die Nachfolgerin von Herrn Rüttgers, Frau Bulmahn, hat vor kurzem einen Wettbewerb „InnoRegio“ ausgeschrieben, der sich auf Ostdeutschland bezieht. Man hat auch hier die einzelnen Regionen zur Selbstorganisation und Vernetzung aufgefordert, und zwar nicht nach Gebietskörperschaften, also nach bestimmten kommunalen Grenzen oder im Bereich der Regierungsbezirke, sondern nach eigenen Vorstellungen, geleitet von dem, was an Region für sie wichtig ist. Wir hatten dort nicht 200, sondern 444 Bewerber. Am Ende steht ein Betrag von 500 Millionen aus für die Förderung, aber es gibt nur 25 Sieger. Ich war Jury-Vorsitzender und bin es noch, weil der Wettbewerb noch nicht endgültig in der zweiten Stufe ausgetragen ist, und es war sehr schwer, diese 25 zu finden. In einem Modellprojekt Oderbruch hat man sich vorgenommen, die Menschen in dieser Region zu halten, indem man den Jugendlichen in der Schule Zugang zu beruflichen Aufgaben vermittelt, die in der Region relevant sein können.

Sie wissen, die Bertelsmann Stiftung hat kommunale Stiftungen initiiert mit dem Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger sich selber mit einer kleinen Kapitalausstattung an der Gründung von Bürgerstiftungen beteiligen. Das Ziel ist die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen und die Förderung sozialer und kultureller Belange in einem lokal begrenzten

Tätigkeitsbereich, getragen von einem langfristigen Vermögensaufbau aus privaten Bereichen. Eine solche Zieldefinition gibt es in Gütersloh und in Dresden, und es gibt auch erste Erfahrungen.

3. Rechtsstaatlichkeit

Meine Damen und Herren, wenn man erfolgreich sein will mit Reformansätzen, die die Gesellschaft von unten her verändern wollen, dann muss

...wenn man erfolgreich sein will mit Reformansätzen, die die Gesellschaft von unten her verändern wollen, dann muss man zunächst einmal die Menschen gewinnen.

man zunächst einmal die Menschen gewinnen. Das geht nicht ohne eine Veränderung oder einen Einfluss auf das Verhalten der Menschen selbst. Es geht darum, die Menschen, die die Kommunen tragen und die in den

Unternehmen engagiert sind, davon zu überzeugen, Eigenverantwortung zu übernehmen. Selbstverantwortung und Eigenverantwortung gibt es jedoch nicht ohne Risiko. Und die deutsche Gesellschaft ist keine risikofreundliche Gesellschaft. Das hat viel zu tun mit unserer Geschichte. Sehr früh in unserer Geschichte haben wir Sicherheit durch Ordnung, das heißt durch das Gesetz erfahren. Das, was im Ursprung der parlamentarischen Demokratie im politischen Prozess erstritten worden ist, kam zu uns Deutschen in der Regel durch rechtsstaatliche Ordnung. Das Recht war gewissermaßen vor der Freiheit. Dieses Recht war sehr wirkungsvoll und hatte sehr große Vorzüge. Der große Christoph Wieland – ein linker Aufklärer, nicht verdächtig ein Rechter zu sein – schrieb 1793, wir in Deutschland wollten und bräuchten keine Revolution wie die französische Revolution, denn solche Zustände wie in Frankreich habe es in Deutschland nie gegeben. Das war richtig, weil Deutschland rechtsstaatlich im 18. Jahrhundert, also im Vorfeld der französischen Revolution, viel weiter war als unsere westlichen Nachbarn. Dieses Recht hat den Deutschen sehr viel Sicherheit und sehr viel Ordnung, aber auch eine bestimmte Mentalität gebracht. Ich will das am Beispiel des Autofahrens erläutern. Sofern keine Verkehrszeichen die Vorfahrt regeln, gilt in Deutschland: Wer von rechts kommt, hat Vorfahrt. Geschieht ein Unfall, erhält derjenige Recht, der sich an diese Regel gehalten hat. Hat der von links Kommende die Vorfahrt nicht beachtet, ist er in der Regel der Schuldige. Das ist die rechtsstaatliche Ordnung unserer Gesellschaft. In Amerika, im angelsächsischen Recht, ist das völlig anders. Die Angelsachsen haben eine Regel, die heißt: „Last clear chance“ – der die letzte Chance hatte, den Unfall zu vermeiden, der ist schuld. Eine völlig andere, auf die Eigenverantwortung des Individuums gerichtete Idee und nicht auf eine formale Rechtsordnung. Wir sind also nicht nur gemeinschaftlich orientiert und nicht nur föderalistisch organisiert, wir haben auch eine tiefe rechtsstaatliche Tradition, die große

Vorteile hat und die in Deutschland zu großen Erfolgen geführt hat, die uns aber in einer Zeit, in der es darum geht, Eigenverantwortung zu übernehmen und anstelle von Rechten und Pflichten Freiheit und Verantwortung zu setzen, vor nicht unerhebliche Probleme stellt.

Erziehung zur Eigenverantwortung

Und hier, meine Damen und Herren, sind wir an einem zentralen Punkt: die Erziehung in unserem Land. Eine offene Gesellschaft braucht Bürger-

Eine offene Gesellschaft braucht Bürgerinnen und Bürger, die mit der Erfahrung von Eigenverantwortung aufgewachsen sind.

innen und Bürger, die mit der Erfahrung von Eigenverantwortung und nicht nur mit dem Wort Eigenverantwortung aufgewachsen sind. Diese Erfahrung ist wichtiger als die Ver-

mittlung durch und von Autorität. Ich unterscheide deswegen so deutlich zwischen Erfahrung und Wort, weil Verantwortung immer auch mit Risiken verbunden sein muss und weil man nur lernt, wenn man in der Verantwortung auch die Folgen des Risikos trägt. Es ist leicht, Eigenverantwortung zu übernehmen, wenn ich die Folgen meiner Handlungen letztlich an einen Dritten abgeben kann. Es heißt schließlich „aus Fehlern werde ich klug“ und nicht „aus Erfolgen werde ich klug“. Denn Fehler bereiten Schmerzen und man lernt, sein eigenes Verhalten zu ändern.

Eines der Hauptthemen in der heutigen Reformdiskussion in Deutschland ist die Frage nach der Zukunft des Rentensystems. Hier steht jetzt Gott sei Dank endlich eine Selbstbeteiligung des Einzelnen zu seiner zukünftigen Alterssicherung zur Debatte. Im Gesundheitswesen wurden von der vorangegangenen Regierung – ich meine zu Recht – Entscheidungen getroffen, die eine größere Beteiligung der Patienten an den zumutbaren Folgen, das heißt den Kosten ihrer Krankheit verlangten. Ich halte es für einen Fehler und eine Entwicklung in die falsche Richtung, dass man an dieser Stelle korrigiert. Dasselbe gilt auch, das sage ich ganz offen, für die Lohnfortzahlung. Ich sage voraus, dass wir eines Tages wie in den Niederlanden korrigieren müssen, wenn wir die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen wollen. Warum? Weil man in einer Situation, in der die eigene selbst geschaffene Ordnung immer stärker Kräften ausgesetzt ist, die von außerhalb auf sie eindringen, nur durch die Befähigung des Einzelnen – des Individuums, des Betriebes, der Kommune – in der Lage ist, mit den sonst unvorhersehbaren, evolutionären Konsequenzen der Veränderung fertig zu werden.

Ich bin nicht sicher, meine Damen und Herren, dass wir in diesem Sinne heute unser Erziehungssystem schon verstanden haben. Im Gegenteil habe ich eher den Eindruck, dass wir uns sehr stark auf das Lernen von bürgerschaftlicher Verantwortung aus Büchern und auf Papier beschränken

und nicht auf persönliche Erfahrung. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich denke, es ist wichtiger, dass man in der Schule lernt, gegenüber älteren oder behinderten Menschen in der Straßenbahn oder in anderen öffentlichen Verkehrsmitteln aufzustehen, als dass man lernt zu deklinieren, in welchem Artikel des Grundgesetzes was steht. Das ist zwar auch wichtig, aber die-

...dieses Lernen von formalen Elementen der Demokratie anstatt das Lernen von Toleranz und Eigenverantwortung ist unzureichend.

ses Lernen von formalen Elementen der Demokratie anstatt des Lernens von Toleranz und Eigenverantwortung ist unzureichend. Insofern müssen wir versuchen, in unseren Zielen

und in den Zielen auch dieser, Ihrer Organisation, noch stärker abzustellen auf den erzieherischen Prozess – zu Hause und angesichts des Zerfalls der Familien immer stärker in den Schulen selbst. Die Schulen dürfen für ihre Aufgabe, eigenverantwortliche Bürgerinnen und Bürger zu erziehen, nicht nur aus Büchern lernen lassen, wie man sein sollte, sondern sie müssen die Erfahrung vermitteln, wie man sein muss, um in der Gesellschaft Eigenverantwortung zu tragen. Ich will noch etwas hinzufügen: Ich glaube, dass zum Beispiel in den angelsächsischen Gesellschaften die starke Betonung des Sports als Spiel und damit die Betonung des Teams und der Verantwortung im Team einen erheblich größeren Beitrag zu diesem Ziel leistet als die Betonung der Leichtathletik und der eigenen Leistung als Individuum.

Dies alles, so scheint mir, sind Dinge, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir unsere Gesellschaft wirklich für die sich verändernde Welt reformieren wollen. Die veränderte Welt mit ihren neuen und größeren Einflüssen von draußen verlangt von jedem von uns ein größeres Maß an Selbstbehauptung und Eigenverantwortung. Dieses müssen wir lernen, wir müssen es lernen durch Erfahrung, wir müssen ganz unten beginnen mit unserer Veränderung, mit der Erziehung der jungen Menschen in der Erfahrung, was Eigenverantwortung bedeutet und wie man Verantwortung im Kleinen trägt, damit man sie später im Großen in der Kommune übernehmen kann.

Herzlichen Dank!

Dieser Text ist der redaktionell überarbeitete Mitschnitt der Rede, die Dr. Klaus von Dohnanyi anlässlich der Preisverleihung am 24. November 1999 gehalten hat.

DIE PREISTRÄGER

5. Preis: ASB Landesverband Hamburg e.V.

DR. STEFAN NÄHRlich: In umgekehrter Reihenfolge beginnen wir mit dem 5. Preis für den Arbeiter-Samariter-Bund, Landesverband Hamburg e.V., ausgezeichnet für sein Pilotprojekt „Zeitspender“.

Mit der Konzeption und Entwicklung des Projektes „Zeitspender“ geht der ASB neue Wege im Personalmanagement von Ehrenamtlichen. Mit diesem Projekt aktiviert er in geeigneter und kreativer Weise das ehrenamtliche Engagement nicht nur seiner Mitglieder. Menschen, unabhängig davon ob sie bereits dem ASB angehören oder nicht, die einen Teil ihrer Zeit spenden wollen, können sich an den ASB wenden, werden dort beraten und vermittelt und betreut. Das Projekt „Zeitspender“ wurde von den Bürgerinnen und Bürgern sehr positiv aufgenommen. Dazu einige Zahlen: in einem Jahr haben rund 200 Menschen zum Arbeiter-Samariter-Bund Kontakt aufgenommen, um Zeitspender zu werden. Mehr als 80 Bürgerinnen und Bürger konnten gewonnen werden. Es ist geplant, das Hamburger Modellprojekt auszuweiten und bundesweit anzubieten.

In der Förderung und Betreuung der Zeitspender sehen die Mitarbeiter des ASB eine vorrangige Aufgabe: Regelmäßige Stammtische bringen nicht nur die aus unterschiedlichen Interessen- und Bildungsbereichen stammenden Zeitspender zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch zusammen, sondern es werden auch neue Ideen und Projekte entwickelt und zusammen mit den Ehrenamtlichen geplant.

KNUT W. FLECKENSTEIN - ASB LANDESVERBAND HAMBURG E.V.

Sehr geehrter Herr Nährlich, meine Damen und Herren,

wir, der Hamburger Arbeiter-Samariter-Bund, bedanken uns herzlich für die Auszeichnung, die wir heute für unser Projekt „Zeitspender“ bekommen haben. Sie machen uns Mut, unsere Aktivitäten fortzusetzen und den Zeitspendergedanken weiter zu verbreiten.

Ich möchte Ihnen in wenigen Worten unser Projekt vorstellen: Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen klagen über die abnehmende Zahl von ehrenamtlich Engagierten. Dabei gibt es auch heute genügend Menschen, die bereit sind, sich einzubringen, zum Beispiel im sozialen Bereich oder im Umweltschutz.

Langsam bemerken auch die Wohlfahrtsverbände, dass sie mit den Methoden, Strukturen und dem Charme der frühen sechziger Jahre heute – am Ende unseres Jahrhunderts – kaum noch jemanden begeistern können. Die Menschen interessieren sich weniger für den Vereinszusammenhalt

oder das gleichgesinnte, gemeinsame Handeln. Sie suchen heute nach individueller Möglichkeit, ihr erworbenes Wissen und Können nutzbringend weiterzugeben. Sie suchen dabei auch nach individueller Bestätigung. Das Projekt „Zeitspender“ ist der Versuch, denen, die bereit sind sich zu engagieren, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Möglichkeit zu geben.

Im Mittelpunkt steht also nicht mehr der eigene Verband, sondern die individuellen Menschen, die bereit sind ihre Zeit zu spenden, um anderen, aber auch sich selbst, etwas Gutes zu tun.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine sehr intensive Beratung dieser Menschen. Am Ende bestimmt nicht der Verband, was zu tun ist, sondern die Zeitspender erklären, was sie tun möchten und in welchem Umfang sie in der Lage und bereit sind, sich einzubringen. Die Zeitspender bestimmen also Art und Umfang ihrer Tätigkeit, ohne dass dabei auf die dann zu vereinbarende Verlässlichkeit verzichtet werden muss. Das Projektteam bietet zum einen konkrete, überschaubare Projekte zur Mitarbeit an, ist aber andererseits auch bereit, Ideen von Zeitspendern als Projekte zu organisieren. Der sinnvolle Umgang mit Zeitspendern erfordert also ein recht professionelles Personalmanagement – „Wir Gefühl“

Der sinnvolle Umgang mit Zeitspendern erfordert also ein recht professionelles Personalmanagement – „Wir Gefühl“ und die Vereinsmeierei reichen nicht mehr.

in der Sozialversicherung wie beim Staat, sind Verbände wie der ASB darauf angewiesen, dass diese Verzahnung klappt. Nur so wird es uns gelingen, unsere Hilfsangebote und Dienstleistungen auch in Zukunft so auszuführen, wie es das Selbstverständnis des ASB von uns verlangt. Trotz immer enger werdender finanzieller Rahmenbedingungen wird es so auch in Zukunft möglich sein, die mitmenschliche Seite in Pflege, im Rettungsdienst und in anderen Bereichen nicht zu kurz kommen zu lassen.

Damit dies reibungslos funktioniert, ist eine intensive Betreuung der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch das Zeitspender-team notwendig. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen durch gute Beratung erkennen, dass Zeitspender ernst zu nehmende Kolleginnen und Kollegen sind, die Hilfe und Unterstützung sein sollen.

Durch eine zeitgemäße Ansprache der Menschen, aber auch durch eine ihren berechtigten Ansprüchen entsprechende Organisation.

Im Mittelpunkt steht also nicht mehr der eigene Verband, sondern die individuellen Menschen, die bereit

sind ihre Zeit zu spenden, um anderen, aber auch sich selbst, etwas Gutes zu tun. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine sehr intensive Beratung dieser Menschen. Am Ende bestimmt nicht der Verband, was zu tun ist, sondern die Zeitspender erklären, was sie tun möchten und in welchem Umfang sie in der Lage und bereit sind, sich einzubringen. Die Zeitspender bestimmen also Art und Umfang ihrer Tätigkeit, ohne dass dabei auf die dann zu vereinbarende Verlässlichkeit verzichtet werden muss. Das Projektteam bietet zum einen konkrete, überschaubare Projekte zur Mitarbeit an, ist aber andererseits auch bereit, Ideen von Zeitspendern als Projekte zu organisieren. Der sinnvolle Umgang mit Zeitspendern erfordert also ein recht professionelles Personalmanagement – „Wir Gefühl“ und die Vereinsmeierei reichen nicht mehr.

Eine zunehmend größere Bedeutung wird zukünftig die Verzahnung von Zeitspendern und hauptamtlicher Mitarbeit haben. Angesichts leerer Kassen,

Das schließt aus, dass sie dazu missbraucht werden, Arbeitsplätze wegzu-rationalisieren.

Seit einem Jahr arbeiten die Zeitspender beim ASB. Mittlerweile ist daraus eine Gruppe von 80 Menschen geworden, die sich in verschiedenen Bereichen engagieren. Ob es Dolmetscherarbeit bei Flüchtlingsprojekten ist, Deutschunterricht bei ausländischen Jugendlichen, Besuchsdienste in der Nachbarschaft, im Bereich der ambulanten Pflege oder regelmäßige Ausfahrten mit einem vom Arbeitgeber gestellten Bus für Bewohner eines Pflegeheims. Diese Tätigkeiten werden zu hundert Prozent ohne Entgelt geleistet, und durch eine sehr intensive Betreuung gelingt es uns, dass fast

Es gibt mehr und mehr Anfragen von Menschen die bereit sind, etwas Sinnvolles in ihrer Freizeit zu tun.

alle über einen längeren Zeitraum an Bord bleiben. Mittlerweile haben wir – auch durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit – unser Projekt „Zeitspender“ in Hamburg relativ bekannt machen

können. Es gibt mehr und mehr Anfragen von Menschen die bereit sind, etwas Sinnvolles in ihrer Freizeit zu tun. Aber auch Institutionen und andere Organisationen wenden sich inzwischen an uns, um ihre so genannten offenen Stellen mitzuteilen. Diese Angebote nehmen wir gerne entgegen. Menschen, die bereit sind etwas für andere zu tun, müssen wir dann nicht unbefriedigt wieder nach Hause schicken, weil der ASB zur Zeit selbst keine entsprechenden Projekte anbieten oder organisieren kann.

Die Kooperation mit anderen Verbänden, kleineren und größeren Initiativen und Organisationen in unserer Stadt ist für die Freiwilligenarbeit sehr wichtig. Deshalb haben wir uns aktiv an der Gründung einer Freiwilligenagentur in Hamburg beteiligt. Auch der erste Vorsitzende dieser Agentur, der mittlerweile über 50 Organisationen, Verbände und Initiativen Hamburgs angehören, kommt vom Arbeiter-Samariter-Bund. Diese Zusammenarbeit ist wichtig, um allen Interessierten das breite Spektrum der Möglichkeiten zu zeigen. Sie ist aber auch wichtig, um durch Erfahrungsaustausch sich gegenseitig zu unterstützen und durch „das Sprechen mit einer Zunge“ gegenüber den politischen Gremien der Stadt legitime Forderungen in diesem Bereich wirkungsvoll zu vertreten und breite gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

4. Preis: Jahresringe e.V., Verband für Vorruhestand und aktives Alter e.V., Oranienburg

OTTO BURMEISTER: 1991 hat sich eine Gruppe von Vorruheständler und Arbeitslosen in Oranienburg zunächst zur reinen Selbsthilfe zusammengefounden. Schon bald ist aber der Wunsch entstanden, die eigenen Fähigkeiten, Kenntnisse nach außen zu tragen und auch für andere kreativ zu sein. So hat sich der Verein stetig weiterentwickelt und 1999 gleich mit 4 Projekten um den Förderpreis beworben:

- Projekt „Heinzelmännchen“: Handwerker und handwerklich Versierte bringen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten bei Senioren und Behinderten ein, führen kleine Reparaturen aus oder basteln Spielzeug für Kindergärten.
- Oder das Projekt „SONJA“ (Soziale Notdienste der Jahresringe): Vertreterinnen und Vertreter des Vereins unterstützen bedürftige Personen in Seniorenheimen, helfen bei Behördengängen und bei Dingen des alltäglichen Lebens und nehmen sich Zeit für Gespräche.
- Das Projekt „INA“ beinhaltet die Integration von Spätaussiedlern: nicht nur durch monatliche gesellige Treffen und den gegenseitigen kulturellen Austausch, sondern auch ganz pragmatisch durch helfende Begleitung im Alltag.
- In einem weiteren Projekt sind Mitglieder des Vereins als Ansprechpartner in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Sachsenhausen ehrenamtlich tätig.

Bei all diesen unterschiedlichen Projekten stehen die praktizierte Mitverantwortung für das Gemeinwesen und das bürgerschaftliche Miteinander im Mittelpunkt und ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Vereinstätigkeit.

WALTRAUD WALTER – JAHRESRINGE E.V., VERBAND FÜR VORRUHESTAND UND AKTIVES ALTER E.V., ORANIENBURG

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sich selbst darzustellen ist gar nicht so einfach, und da lasse ich einfach die Tatsachen sprechen, denn wir haben nie gedacht, dass wir mit unserer Sache einmal beispielgebend und vorzeigewürdig sein könnten.

„Jahresringe“ Verband für Vorruhestand und aktives Alter. Unser Logo stellt, gleich den Jahresringen eines reifen Baumes, das vorgerückte Alter der Mitglieder dar. Aus den Vorruheständlern sind inzwischen zwar Rentner geworden, geblieben ist aber, und das mit gesteigerter Intensität, das „aktive Alter“.

Der Verband ist ein echtes Kind der Wiedervereinigung, 1991 gegründet von Menschen über „55“, die der aufgezwungene Ruhestand wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Es war damals keine normale Situation, die sich darstellte: Arbeit weg, geänderte Politik, was wichtig war wurde unwichtig und umgekehrt, neue Gesetze, neues Denken auf der ganzen Linie und das im vorgerückten Alter, wo jeden das Leben schon stark geprägt hat. Da war ein Zusammenschluss Gleichbetroffener vorprogrammiert und ließ nicht lange auf sich warten. Die ersten Treffen dienten dem Kennenlernen. Gleich einem Auffanglager von Menschen, die sich mit einem Ruhestand überhaupt noch nicht identifizieren konnten und wollten. Doch der anfängliche Rahmen währte nicht lange und wurde bald gesprengt. Man wollte wieder sinnvoll aktiv sein für das eigene Wohlbefinden und darüber hinaus. Wohlbehalten und darüber hinaus. Es entstanden Projekte. Das erste waren die „Heinzelmännchen“, handwerklich Versierte bringen sich zum Beispiel ein in Kindergärten, bei Behinderten und Alten und führen dort Reparaturen aus, bauen Spielzeug für Waisenhäuser, machen gebrauchte Krankenfahrräder wieder mobil. Die Wohnumgebung ist für viele ältere Menschen das, was ihnen noch geblieben ist. Oft bereiten aber die kleinsten Dinge Schwierigkeiten. Die Tür klemmt, die Klingel tut es nicht mehr, das neue Bild will hängen. Oft sind es nur kleine Handgriffe, aber getan werden müssen sie. Und wer kann da helfen? Die Heinzelmännchen. Keinem Handwerker wird da die Arbeit weggenommen. Für die Rentner ist es aber eine große Hilfe, und den Ausführenden gibt es das Gefühl des Gebrauchtwerdens.

Nun schon bekanntgeworden, wurde ein zweites Projekt von der Landesregierung an den Verein herangetragen: „Sachsenhausen“. Die ehemalige Ministerin, Frau Hildebrand, bat den Verein persönlich um Unterstützung der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Sachsenhausen. Seit sieben Jahren sind nun dort rund 20 Mitglieder des Vereins ehrenamtlich tätig, beaufsichtigen die Ausstellungen, archivieren das umfangreiche Material. Es ist für die meisten eine Form von Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Alle Tätigen haben die nazistische Grausamkeit hautnah miterlebt, ohne recht zu wissen, was hinter den geheimnisvollen Mauern der Stadt passierte. Jetzt haben sie das ganze Ausmaß vor Augen und treffen mit vielen Menschen zusammen, mit Zeitzeugen, aber auch mit den Jungen, die nicht verstehen können, wie so etwas passieren konnte, und auch mit solchen, die aus dieser Zeit nicht gelernt haben. Hier treffen unmittelbar Welten aufeinander. Aber unsere Senioren meistern die Aufgabe mit viel Engagement und Einfühlungsvermögen. Ohne die Hilfe der Ehrenamtlichen, so der Direktor, wäre die Aufrechterhaltung der Stätte in dieser Form nicht möglich.

Andere Mitglieder wollten nun nicht nachstehen, und es entstand das dritte Projekt: „SONJA“ Sozialer Notdienst der Jahresringe. Hier sind Vereinsmitglieder im Pflegeheim tätig und haben im Laufe der nun schon vierjährigen Tätigkeit mit den Hauptamtlichen ein sinnvolles Konzept der Zusammenarbeit gefunden, ohne sich dabei ins Gehege zu kommen. Das Programm sieht die Betreuung eines mit der Heimleitung abgestimmten Personenkreises vor. Es ist natürlich nicht jedermanns Sache, sich hier zu engagieren. Trotz aller Fürsorge des Personals werden unsere Helfer mit sehr viel Leid und Gebrechlichkeit konfrontiert. Unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter mit ihren im Durchschnitt 65 Jahren stehen 80-90-Jährigen gegenüber. Im Verhältnis geradezu jugendlich, führen sie sich ihr mögliches eigenes Schicksal hautnah vor Augen: nicht nur Krankheit, geistiger Verfall, sondern auch den Tod. Wir bewundern gerade diese Mitglieder bei ihrem Einsatz und freuen uns für sie, dass sie durch die Heimleitung die gebührende Anerkennung erfahren, die darin keine Einmischung, sondern eine echte Hilfeleistung sieht.

Eine internationale politische Situation hat unser Landesamt jüngst veranlasst, den Verein anzusprechen mit der Bitte um eine weitere Aktivität, und so kam das vierte Projekt zustande: „INA“ Integration von Spät-Aussiedlern. Unsere Stadt hat einen großen Teil von Spätaussiedlern aus Russland aufgenommen. Die Integration besonders der Alten stellt ein großes Problem dar, nicht so sehr auf der finanziellen, sondern auf der psychischen Ebene. Mit persönlicher Hingabe und viel Engagement nimmt sich nun eine große Gruppe des Vereins dieser Menschen an, um ihnen das Eingewöhnen zu erleichtern. Erst zaghaft kamen die ersten Begegnungen zustande. Aber Berührungssängste gab es kaum, obwohl die Aufnahme dieser Menschen grundsätzlich nicht immer positiv verläuft. Vorurteile gibt es da genug, und die gilt es erst einmal in den eigenen Reihen abzubauen, denn Ablehnung und Wohlwollen hatten anfangs gleiches Gewicht. Ist das Eis dann aber erst einmal gebrochen, überwiegt Dankbarkeit, aber keinesfalls unterwürfig. Man merkt sehr schnell, wenn das Gefühl aufkommt, hier kommen in der Gesellschaft gleichberechtigte Menschen zusammen, und dann wächst das gegenseitige Vertrauen. Besonders in diesem Projekt gibt es aber noch viel zu tun, denn die Schwelle ist noch nicht überschritten. Dazu sind die alten Kulturen und Gewohnheiten noch zu sehr verwurzelt, und nun wohnt man zusammen in einem Haus. Das geht nicht problemlos, aber wir versuchen zu helfen, auszugleichen und zu vermitteln.

Die einzelnen Projekte unterscheiden sich zwar vom Inhalt her, haben aber alle grundsätzlich eines gemein: Die sich freiwillig auferlegte Pflicht der Mitglieder, etwas Nützliches zu tun, das Gebrauchtwerden. Die Anerkennung des Geleisteten spornt darüber hinaus an und führt zu neuer

Motivation. Der Zusammenschluss von Gleichgesinnten in Verbindung mit den Kontakten zu Politikern, Ämtern, Dienststellen und Sponsoren verhindert zwangsläufig unsere Ausgrenzung und Isolierung und stärkt grundsätzlich die Lobby der Menschen im dritten Lebensabschnitt.

Neben der vorgezeigten Geschäftigkeit kommt natürlich das gemeinschaftliche Vereinsleben nicht zu kurz, denn es ist ja die Basis allen Geschehens. Die wöchentlichen gemeinsamen Treffen der Mitglieder im Vereinsdomizil dienen der Entspannung, einfach dem Austausch von Gedanken. Geburtstage werden gefeiert, Vorträge gehört, Informationen gegeben. Alles, was zu einem ordentlichen Vereinsleben gehört. Für viele Singles ist das schon zum festen Bestandteil des Lebens geworden, denn über den Verein haben sich Bekanntschaften entwickelt, Kontakte, die sonst nie zustande gekommen wären bei gemeinsamen Reisen, Theaterbesuchen, Wanderungen zu Fuß und per Rad, Kegeln, Tanz, Basteln und vielem mehr. Aktivitäten, die keine Langeweile aufkommen lassen und keinen Raum für psychosomatische Störungen.

Einfach der Drang und die Umsetzung in die Praxis waren es, die den Verband „Jahresringe“ aus einer Art Selbsterhaltungstrieb heraus entstehen und zum gegenwärtigen Stand mit all seinen Aktivitäten wachsen und werden ließen.

Wir, die Aktiven, wünschen uns daher nur: Möge es das Schicksal noch lange gut mit uns meinen, und das nicht nur uns, sondern allen Gleichgesinnten hier im Raum.

3. Preis: Otur ve Yasa – Wohnen und Leben e.V., Berlin

GÜNTER WOLTERMANN: Der Verein Wohnen und Leben e.V. besteht seit über 20 Jahren. Er gründete sich 1977 mit dem Ziel, die Belange der nicht-deutschen Bewohnern und Bewohnerinnen mehr in die Öffentlichkeit zu rücken und einen Beitrag für die Integration zu leisten. Heute hat der Verein seine ursprünglichen Arbeitsschwerpunkte, Beratung von Migranten in Mietangelegenheiten, Familienarbeit und Jugendarbeit, erweitert und ist der Initiator der Gründung des Nachbarschaftshauses und Trägervereins „Centrum e.V.“

Auf Anregung des Vereins haben sich drei Vereine zu diesem neuen Trägerverein zusammengefunden. Ziel ist es, im Verbund auf aktuelle gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren und praktische und aktive Nachbarschaftsarbeit mit allen Bevölkerungsgruppen im Kiez – und zwar generationen- und kulturübergreifend – zu betreiben.

Der Verein Wohnen und Leben e.V. wird dafür ausgezeichnet, dass er neuen gesellschaftlichen Anforderungen entsprechend gehandelt hat, indem er durch Zusammenarbeit Ressourcen bündelte und sich in dieser Weise neuen sozialen Aufgabenfeldern gestellt hat. Nur in der Zusammenarbeit sehen sich die Akteure in der Lage, auf die schwierige soziale Situation in Kreuzberg mit hohem Anteil ausländischer Bewohner und hohem Grad an Jugendarbeitslosigkeit einzuwirken. Die Kombination und Kooperation von vier Vereinen unter einem Dach, also die sinnvolle Nutzung von Synergieeffekten, hat sich schließlich als sehr fruchtbar erwiesen und könnte ein Vorbild für andere Projekte und Vereine sein.

KEMAL AKDÜZGÜN – OTUR VE YASA – WOHNEN UND LEBEN E.V., BERLIN

Sehr verehrte Damen und Herren,
im Namen meines Vereins Wohnen und Leben – Otur ve yasa möchte ich mich zunächst ganz herzlich bei dem Verein Aktive Bürgerschaft für die Verleihung des 3. Preises bedanken und möchte den Anwesenden über unsere Arbeit in Berlin Kreuzberg kurz berichten.

Der Verein Otur ve Yasa – Wohnen und Leben e.V. arbeitet seit 22 Jahren im Bezirk Berlin Kreuzberg SO 36 – einem Stadtteil mit einem sehr regen und bunten Leben. Es gibt eine urbane Struktur kleiner und mittlerer Geschäfte, hier reden Menschen unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft miteinander auf der Straße, beim Einkaufen oder im Café, hier interessieren sich die Anwohnerinnen und Anwohner dafür, wie es um ihren Kiez steht. Auf der anderen Seite jedoch ist der Stadtteil gekenn-

zeichnet durch eine hohe Arbeitslosenquote, circa 34 Prozent, eine große Anzahl von Sozialhilfeempfängern und große Abwanderungstendenzen, hauptsächlich von Familien mit Kindern.

Im Rahmen der Strategien für Kreuzberg, die ein umfassendes Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramm für den Stadtteil beinhalteten, gründete sich der Verein Otur ve Yasa 1977 mit insgesamt sieben, davon vier festen und drei Honorarmitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Damaliges Ziel von Otur ve Yasa war zum einen, benachteiligte Migrantinnen und Migranten stärker zu motivieren, sie als bewegende Kraft die sozialen und politischen Entscheidungen des Stadtteils aktiv mitzugestalten. Zum anderen sollte die Möglichkeit gegeben werden, dass Verständigung und Begegnung zwischen den Kulturen stattfinden konnte, um ein friedliches Zusammenleben in Kreuzberg zu fördern. Ein weiteres Anliegen war, Migrantinnen und Migranten aktiv an den Modernisierungs- und Instandsetzungsprozessen des Stadtteils zu beteiligen.

In den folgenden Jahren umfasste die Arbeit des Vereins soziale und rechtliche Beratung, Integrations- und Deutschkurse, kulturelle Aktivi-

Im Laufe der Jahre verschaffte sich der Verein einen hohen Bekanntheitsgrad und eine große Akzeptanz weit über den Bezirk Kreuzberg hinaus und wurde zur wichtigen Institution für Ratsuchende.

täten wie Ausstellungen, Lesungen und immigrantenpolitische Veranstaltungen. Im Laufe der Jahre verschaffte sich der Verein einen hohen Bekanntheitsgrad und eine große Akzeptanz weit über den Bezirk Kreuzberg hinaus und wurde zur wichtigen Institution für Ratsuchende. In dem

Maße, in dem die Anzahl der Besucher stieg, ließen die finanziellen Ressourcen nach; das heißt, die Zuwendungsgelder wurden knapper, von ehemals vier festen, drei Honorarmitarbeiterinnen und Mitarbeitern blieben zwei übrig. Die beträchtlichen, permanenten Sparmaßnahmen zogen unsererseits Überlegungen nach sich, sich mit anderen Projekten zusammenzuschließen, um gegenseitige Ressourcen miteinander auszutauschen, zu teilen und gemeinsame Potentiale zu nutzen. Hinzu kam die Tatsache, dass wir in den letzten Jahren verstärkt in unseren Beratungsgesprächen mit den Konsequenzen von Arbeitslosigkeit, wie sich als Mensch nutz- und wertlos fühlen, Entbehrung gesellschaftlicher Anerkennung über die Ausübung von Beschäftigung, Spannungen in Familien, Verwahrlosung der Kinder, schulische Probleme etc. konfrontiert wurden. Wir sind durch diese Erfahrungen zu der Überzeugung gelangt, dass diese Probleme heute mehr denn je gemeinsam auf mehrdimensionaler Ebene bewältigt werden müssen. So kam es gemeinsam mit zwei anderen Vereinen zu der Idee, eine geschlossene Jugendfreizeiteinrichtung mit einem neuen Konzept zu füllen. Nach einer Phase der Konzepterarbeitung

zur Nutzung dieses Gebäudes kam es im April 1998 zum Zusammenschluss der vier Projekte Otur ve Yasa, Elisi und Meslek Evi e.V. und Yekmal e.V. im Nachbarschaftshaus „Centrum“. Der Verein Elisi Evi e.V. arbeitet mit Mädchen und Frauen aus der Türkei und bietet Beratung, Freizeitangebote und Deutschkurse an. Meslek Evi e.V. erteilt jungen Migrantinnen in der Berufsausbildung begleitenden Förderunterricht. Yekmal e.V., der Verein der Eltern aus Kurdistan, wendet sich vorwiegend an kurdische Migrantinnen und Migranten und erteilt Hausaufgabenhilfe, soziale Beratung und Veranstaltungen. Mit dem Zusammenschluss war auch die Chance verbunden, langjährige Erfahrungen der einzelnen Projekte zu bündeln und

Gemeinsam setzten wir uns zum Ziele, Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern und an nachhaltigen Strategien, die ressortübergreifend sind, langfristig mitzuwirken, um die sozio-ökonomischen Situation der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern.

diese gebündelte Energie einzusetzen für die Entwicklung gemeinsamer sinn- und wirkungsvoller Konzepte, die dem nachbarschaftlichen Leben in diesem Stadtteil zugute kommen. Gemeinsam setzten wir uns zum Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern und an nachhaltigen Strategien, die ressortübergreifend sind, langfristig mitzuwirken, um die sozio-ökonomische Situation der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern.

In unserem neuen Arbeitsfeld der Nachbarschaftsarbeit gehen wir als einzelne Projekte über Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote hinaus, indem wir erstens gemeinsame Pläne für Aktionen schmieden und uns zweitens stärker in Diskussionen um neue Ansätze in der Gemeinwesenarbeit kümmern und einmischen. Wir initiierten die „Kiezgespräche“, die bisher seit Februar regelmäßig einmal monatlich stattfinden. Die Themen, die daraus entstanden, waren zum Beispiel Müll, woraus eine Putzaktion folgte, Jugendliche und Gewalt, woraus in Kooperation mit den ansässigen Schulen ein Konfliktlotsenprogramm entstand. Weitere Themen sind Ausgrenzung aus der Gesellschaft und interkulturelles Zusammenleben.

Um die Aktivierung und Eigeninitiative der Nachbarschaft mehr zu fördern, planen wir, das Planning for Real-Verfahren in die Tat umzusetzen. Übersetzt bedeutet „Planning for Real“ Planung für eine bessere Zukunft und ist ein gemeinwesenorientiertes, mobilisierendes Entwicklungsverfahren zur Wiederherstellung und zur Verbesserung der Lebensqualität des Wohnumfeldes. Bürgerinnen und Bürger können hier ihre Fähigkeiten und ihre eigenen Initiativen entfalten. Nach unserer Meinung ist es uns in diesem einen Jahr der Aufbauarbeit des Nachbarschaftshauses trotz mangelnder Finanzierung, aber vor allem durch großes persönliches Engagement aller Beteiligten gelungen, die Bürgerinnen und Bürger im Vergleich

zu den letzten zehn Jahren wieder stärker zu motivieren, Eigeninitiative zu ergreifen, um ihr Kiez lebenswürdiger zu gestalten. Umso mehr freuen wir uns über die Verleihung des Preises als Anerkennung unserer Arbeit.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

2. Preis: IG Äußere Neustadt e.V., Dresden Interessengemeinschaft Äußere Neustadt e.V. – Bürgerinitiative für eine bewahrende Erneuerung

WOLFGANG BURKHARDT: Die Äußere Dresdener Neustadt – größtes zusammenhängendes Gründerzeitensemble und buntester Stadtteil Dresdens – wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Als der flächendeckende Abriss drohte, hat sich 1989 die Interessengemeinschaft Äußere Neustadt e.V. als Bürgerinitiative zur Verhinderung der Zerstörung des eigenen Lebensumfeldes zusammengefunden. Mit der Wende im Herbst des Jahres wurde der flächendeckende Abriss gestoppt und der Stadtteil zum Sanierungsgebiet erklärt. Der erste Schritt war damit getan. Unter dem Motto „Wir möchten unseren Stadtteil lebenswert und bezahlbar erhalten“ regte die Initiative schon bald die Gründung eines weiteren Vereins zu Schaffung von Wohnprojekten an, richtete ein Café für Arbeitslose und ältere Bürger ein, gründete die Stadtteilzeitung ANTON, brachte Geschichtstafeln zum Stadtteil an, führt bis heute Einwohnerversammlungen und Feste durch, bietet Stadtteilführungen an und und und...

Nachdem nun die erste erfolgreiche Phase der IG, in der die Erhaltung des Viertels im Vordergrund stand, abgeschlossen ist, hat der Verein sein Aufgabengebiet erweitert und will sich nun zunehmend sozialen Problemen im Viertel. In beispielhafter Weise arbeitet die IG Äußere Neustadt dabei mit den unterschiedlichen Partnern zusammen und vermag es, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur zu vertreten, sondern auch in die Praxis umzusetzen. Für ihre Arbeit und die Praktizierung neuer Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit erhält die IG Äußere Neustadt Dresden den 2. Preis.

FRIEDERIKE BEIER – INTERESSENGEMEINSCHAFT ÄUSSERE NEUSTADT (IGÄN) E.V.,
BÜRGERINITIATIVE FÜR EINE BEWAHRENDE ERNEUERUNG

Als Gründungsmitglied, Mitglied des Vorstandes und als das an Jahren älteste Mitglied der IGÄN habe ich die Ehre, unseren Verein heute hier zu dem wundervollen Anlass einer Preisverleihung repräsentieren zu dürfen. Mein Name ist Friederike Beier, ich lebe in einem der sieben Wohnprojekte der Äußeren Neustadt, einem der größten zusammenhängenden Gründerzeitensembles Deutschlands, dem buntesten und lebendigsten Stadtteil Dresdens. Unser Verein hat zur Zeit circa 20 Mitglieder, einen in die Arbeitslosigkeit (er selbst bezeichnet sich als in die Bezahlungslosigkeit entlassen, da er natürlich die gleiche Arbeit wie vorher weiterführt) entlassenen Hauptamtlichen und eine ABM-Mitarbeiterin. Wir sind über

unseren Stadtteil hinaus eine Institution in Dresden geworden, je nach Sichtweise und Stand der Dinge geliebt oder gehasst, gebraucht oder abgelehnt, gefordert oder kleingeredet, als Extremisten verleumdet oder als demokratisches Feigenblatt benutzt, engagiert oder müde, frech oder kleinlaut, geschmäht und totgesagt, aber dennoch sehr lebendig, und wie wir es heute, wenn auch in der Ferne, stolz erleben, auch geehrt.

Im Blick zurück war unsere Bürgerinitiative trotz zahlreicher Auf und Abs unglaublich erfolgreich. Die Entwicklung in der Äußeren Neustadt wurde wesentlich durch unsere Arbeit geprägt, viele Weichenstellungen für ihre Entwicklung wären ohne diese bewusste Gestaltung unserer Umwelt

Unser Startkapital waren Gefühle, unser Wollen zum konstruktiven Tun und lustvolle Spontanität.

nicht denkbar gewesen. Dies ist sowohl dem mutigen und klugen Einsatz der IG-Mitglieder zu danken als auch dem wendebedingten gesellschaftlichen Wandel, in dem unsere Erfolge nicht nur von unserer eigenen Stärke abhängig waren, sondern auch von der Schwäche der Verwaltung, die von unserer couragiert vorgetragenen Kompetenz oft einfach überrumpelt war. Der Kampf um unsere Heimat hat unsere Gemüter und Herzen bewegt und um die Wahrheit des Bürgerwillens bei den Kommunalwahlen im Mai 1989. Unser Startkapital waren Gefühle, unser Wollen zum konstruktiven Tun und lustvolle Spontanität. Gefühle wie die der Ohnmacht als Einzelne, die Empörung über den geplanten flächendeckenden Abriss unserer über Jahre in Eigeninitiative vor dem Zerfall geretteten Häuser, die Verbundenheit zu unserem Stadtteil und die Hoffnung, gemeinsam mehr erreichen zu können, führte uns Einzelkämpfer zu einer Interessengemeinschaft zusammen.

1989 im Kulturbund der DDR. Unser Motto war: „Weil wir in Verbundenheit hier leben wollen, vertreten wir unsere eigenen Bedürfnisse, setzen dafür Kraft und Wissen ein und machen unsere Wege und Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich...“

Das, was wir uns getrauten und für uns taten, machte anderen Mut.

Von der Staatssicherheit aufmerksam beobachtet, organisierten wir uns voll konspirativer Freude im Juli

1989 im Kulturbund der DDR. Unser Motto war: „Weil wir in Verbundenheit hier leben wollen, vertreten wir unsere eigenen Bedürfnisse, setzen dafür Kraft und Wissen ein und machen unsere Wege und Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich...“

...und begannen unsere Arbeit mit drei Projekten: die jeweiligen Häuser, in denen die Einzelnen wohnten, der erste Spielplatz in der Äußeren Neustadt und das Nordbad – ein zerfallendes Hallenbad im zweiten Hinterhof, mitten in unserem Gründerzeitviertel. Das, was wir uns getrauten und für uns taten, machte anderen Mut. Wir waren lange Zeit Hoffnungsträger für viele, zeitweise ein Verein von fast 100 Mitgliedern mit mehreren Arbeitsgruppen und zahllosen Sympathisanten in der Bevölkerung. Als erste Bürgerinitiative der Stadt hatten wir eine Vorbildwirkung für nachfolgende Vereine, stets im Kontakt mit der Stadtverwaltung, die uns be-

lächelte, der wir ein Dorn im Auge waren, die uns aber aufgrund unserer Kompetenz akzeptieren musste. So waren wir zum Beispiel im Baugesetzbuch schon lange Zeit firm, bevor die Ämter damit umgehen konnten, veranlassten die Stadtverordnetenversammlung (den damaligen Stadtrat) dazu, die Äußere Neustadt zu einem Sanierungsgebiet zu erklären, den Milieuschutz festzuschreiben, was es nach DDR-Recht überhaupt nicht gab, Schwarzmieter zu legalisieren, rechtliche Grundlagen für alternative Wohnformen zu schaffen.

Wir holten uns Hilfe aus Hamburg, und mit dem Besuch von Herrn Professor Kossak und Herrn Voscherau lenkten wir die Schritte des damaligen Dresdner Oberbürgermeisters in die Neustadt, der dann mit den Augen der hohen Gäste aus Hamburg deren Schönheit nun auch endlich zu bemerken schien. In den folgenden von uns geforderten 14-tägigen

Der akute Verfall ist abgewendet, die Äußere Neustadt ist zu mehr als 50 Prozent saniert.

Oberbürgermeistergesprächen strukturierten wir uns, erkämpften zwei von der Stadtverwaltung bezahlte Stellen, bezogen unser erstes Büro

und schafften damit die Basis für unser umfangreiches Gestalten. Wir schufen einen Betroffenenbeirat – die Sanierungskommission –, führten soziologische Befragungen durch, organisierten Einwohnerversammlungen, erstritten unser Nordbad und, und, und...

Und vor allem wollten wir verhindern, dass die ortsansässige Bevölkerung durch die neuen Eigentümer und durch die Sanierungsmassnahmen aus ihrem Stadtteil verdrängt würde – ein Wollen, das wir, wie Sie sich sicher denken können, nicht verwirklichen konnten. Nach neuesten soziologischen Untersuchungen des Stadterneuerungsamtes wohnen nur noch 50 Prozent von damals hier. Die Bevölkerungszusammensetzung hat sich geändert, Familien werden weniger. Singles bevorzugen immer mehr unseren Stadtteil, geben ihm damit den Charakter eines Durchzugsviertels. Unzählige Gaststätten locken Erlebnishungrige, die auf ihrem Weg bunten jungen Menschen, bettelnden Obdachlosen, vielen Hunden und deren verwegen aussehenden Besitzern, wilden Graffiti an sanierten Häusern und Ruinen, aber auch Damen und Herren im feinen Tuch begegnen.

Der akute Verfall ist abgewendet, die Äußere Neustadt ist zu mehr als 50 Prozent saniert. Von den anfangs mehr als 30 Wohnprojekten haben es sieben geschafft, eines ist im Werden. Neue Interessengruppen haben sich gegründet, Aufgaben werden differenziert wahrgenommen, Handel, Gewerbetreibende, Eigentümerverbände erstarken, die so genannte Bürgerliche Mitte hat nach den letzten Wahlen die Mehrheit im Stadtrat. Geld, Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit sollen im Stadtteil einziehen. Jetzt wird aufgeräumt! Macht wird ohne die Maske der Scham mit dem Hinweis auf den „Wählerwillen“ ausgeübt. Ungeregeltes Leben, ungeliebte Jugend-

projekte passen schon lange nicht mehr, die bunten Feste der spontanen Lebensfreude werden von den „Ordentlichen“ boykottiert, die Gegensätze werden krasser, die basisdemokratisch engagierten Bürgervereinigungen mit der Begründung des Sparzwanges und des „Nicht-Mehr-Notwendig-seins“ demontiert – eine nicht ungefährliche Entwicklung, die wir mit Sorge sehen. Darunter ist die Sanierungskommission, die in jahrelanger Arbeit wesentlich zur Deeskalation im Stadtteil beigetragen und mittlerweile Fürsprecher in der Verwaltung, beim Sanierungsträger und anderen öffentlichen Stellen gefunden hat. Auch die Stelle unseres hauptamtlichen Koordinators und Mieterberaters fällt darunter. Die kostenlose niedrigschwellige Bewohner- und Mieterberatung unserer Interessengemeinschaft wird schon lange nicht mehr nur von Bewohnern unseres Stadtteils, sondern stadt-

Unsere Arbeitsinhalte unterliegen mit fortschreitender Sanierung einem Wandel und dienen nun vor allem der Erhaltung des sozialen Friedens.

weit in Anspruch genommen – und ist immer noch unverzichtbar. Unsere Stärke war und ist, dass wir uns selbst nie aufgegeben haben, in Zeiten verminderter Attraktivität auf kleinerer Flamme weiterkochten, uns un-

serer wechselnden Wichtigkeit bewusst sind und uns damit unmittelbar der Dynamik der jeweils aktuellen Erfordernisse gestellt haben.

Unsere Arbeitsinhalte unterliegen mit fortschreitender Sanierung einem Wandel und dienen nun vor allem der Erhaltung des sozialen Friedens. Sie hatten immer zwei Ebenen: eine ideelle oder Beziehungsebene und eine sachbezogene. Zur ersten gehört, dass wir es als unsere Bürgerpflicht ansehen, unsere Bedürfnisse wahrzunehmen, sie anzumelden und für deren Erfüllung zu arbeiten und damit als Partner für Kommune/Staat aufzutreten, deren Pflicht es wiederum sein müsste, mit mündigen Bürgern zusammenzuarbeiten. Unsere Aufgaben sehen wir zur Zeit in

– Sicherstellung der Finanzierung unserer Interessengemeinschaft. Ich nutze meine Redemöglichkeit hier, um in die Runde zu fragen, ob uns jemand Hinweise geben oder Erfahrungen mitteilen kann, wie und wo wir zu Geld kommen können.

– Die Fortführung der Bewohner-, Mieter- und Wohnprojektberatung im Sanierungsgebiet, letztere beiden auch stadtweit.

– Streiten um die Weiterarbeit der Sanierungskommission mit Angleichung an die aktuellen Erfordernisse.

– Nutzung unserer Sach-, Orts-, Prozesskenntnis, um das Leben der unterschiedlichen Gruppierungen im Stadtteil miteinander zu gestalten, Akzeptanz zu fördern, Begegnungen zu initiieren, Partnerschaft anzubieten. Dazu stehen wir mit dem Ortsamtsbürgermeister im Gespräch.

Wir denken an einen Empfang aktiver Bürger, Formen der Würdigung ehrenamtlicher Arbeit zu finden, Gespräche zu organisieren. Die Erfahr-

Denn es ist nun vor allem dran, unsere Arbeit zu würdigen, das zu genießen und zu feiern, was wir in schwerer Arbeit erhalten und geschaffen haben.

ung „Das Haus ist fertig und die Ehe geht kaputt“, weil das „äußere Haus leichter gebaut ist als das innere“ den Verantwortlichen in Erinnerung zu bringen ist unser Anliegen. Denn in Zeiten der Veränderung stabile Be-

ziehungsgroßen aus ideologischen oder Machtgründen aufzugeben ist nicht nur unklug, sondern sträflich verantwortungslos. Denn es ist nun vor allem dran, unsere Arbeit zu würdigen, das zu genießen und zu feiern, was wir in schwerer Arbeit erhalten und geschaffen haben.

Ich danke im Namen meiner Freundinnen und Freunde dem Verein Aktive Bürgerschaft für seinen anerkennenden Blick auf unsere Arbeit.

1. Preis: Bürgerverein Satellitenviertel e.V., Düren

DIETER PAHLEN: Seit seinem Gründungsjahr 1980 sieht sich der Bürgerverein Satellitenviertel e.V. in Düren als Interessenvertretung der Bewohner des Viertels und steht ihnen für Beratungen, Information und Unterstützung in Mietangelegenheiten auf rein ehrenamtlicher Basis in regelmäßigen Sprechstunden zur Verfügung. Damit und mit seinen zahlreichen Projekten und Arbeitsgruppen hat der Verein in einem außergewöhnlichen Maße die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse in einem sozial benachteiligten Stadtteil (Düren-Ost) erreicht. Erfahrung, Wissen, eine selbstorganisierte Infrastruktur, ein innovatives Vereinsmanagement und viele engagierte Mitglieder tragen dazu bei, dass die unterschiedlichen Interessen der Bürgerschaft durchgesetzt werden können. Bis heute sind Verbesserungen in vielen Bereichen erreicht worden. Es wurde ein Spielplatz errichtet, ein Bürgertreff als Kontakt- und Anlaufstelle etabliert, die Stadtrandgärten „Grabeland“ wurden eingerichtet, die Verkehrsberuhigung und der Erhalt preiswerten Wohnraums erreicht, um nur einige Beispiele zu nennen. Vorbildhaft ist auch die innovative interne Vereinsorganisation: Es gibt zahlreiche Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen, die eigenverantwortlich und selbständig handeln, und in denen die Bewohner je nach Interesse mitarbeiten können. Darüber hinaus zeichnet sich der Verein auch durch neue Formen der Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Institutionen aus. Heute erfüllt der Verein mit der Organisation und Integration bürgerschaftlicher Interessen im Stadtteil eine zentrale Aufgabe aktiver bürgerschaftlicher Mitverantwortung.

HEINZ BLATZHEIM – BÜRGERVEREIN SATELLITENVIERTEL E.V., DÜREN

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchte ich mich im Namen der Bewohnerschaft des Dürener Satellitenviertels und der mit mir anwesenden Vorstandsmitglieder und langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken und unsere Freude zum Ausdruck bringen, dass wir heute für unsere Arbeit geehrt werden sollen.

Das Satellitenviertel in Düren-Ost ist eine Wohnanlage mit 660 Wohnungen, die Anfang der 60er Jahre erbaut wurde und in der über 2.000 Menschen leben. Davon sind ein Drittel ausländischer Herkunft und etwa 30 Prozent Um- und Übersiedler. Der Anteil an Kindern, Jugendlichen und Alleinerziehenden ist im Stadtvergleich überdurchschnittlich hoch.

Auslöser für die Gründung des Bürgervereins in 1980 war der schlechte Zustand der mit Stacheldraht eingezäunten Spielplätze und Grünflächen, worüber sich viele Bewohner empörten. Bemängelt wurden weiterhin

Unklarheiten im Mietbereich und Unzufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Die Bewohner kannten sich nicht, und es gab kaum Kontakte untereinander. Nach der Gründung des Bürgervereins und dessen erfolgreicher Arbeit, wurden im Laufe der Jahre Hunderte von Familien Mitglied. Die Bewohner bekamen Vertrauen in ihre Interessenvertretung. Es waren ihre Leute, die aktiv wurden, und die sie kannten.

Der Bürgerverein hat dazu beigetragen, die Wohn- und Lebensverhältnisse im Satellitenviertel zu verbessern – mit einem Programm, das alle wichtigen Punkte enthält, die die Bewohner für wichtig halten und die ihnen unter den Nägeln brennen. Sie warten heute nicht mehr auf bessere Zeiten oder verlassen sich auf Versprechungen. Sie nehmen die Sache heute selbst in die Hand. An zwei Beispielen möchte ich das verdeutlichen:

1. Die Kleinkinderspielplätze in unserem Viertel waren in einem sehr schlechten Zustand. Durch die Aktivitäten des Bürgervereins – auch in Richtung Politik und Verwaltung – konnte erreicht werden, dass ein großer Spielplatz gebaut wurde. Die Bewohner brachten ihre Ideen in die Planung ein, was nicht immer einfach war, und investierten viel Zeit und Arbeit in die Umsetzung des Projektes. Die Gefährdung durch eine Umgehungsstraße, die am Spielplatz vorbeiführte, war aber vergessen worden. Erst durch spektakuläre Aktionen konnte erreicht werden, dass die Straße verkehrsberuhigt wurde.

2. Durch Rückzahlung der öffentlichen Mittel entfiel die Mietpreisbindung. Neue Eigentümer versuchten daraufhin, Mieterhöhungen durchzusetzen, die nach Meinung der Bewohner insbesondere auf Grund der schlechten Bausubstanz überhöht waren. Davon betroffen war auch die Stadt Düren, da über 120 Familien im Viertel ergänzende Sozialhilfe erhielten. Alle wichtigen Entscheidungen werden auf der Mieterversammlung gemeinsam getroffen – so auch in diesem Fall. Die Mieter waren sich einig: Diese Erhöhung zahlen wir nicht und gehen auch das Risiko ein, verklagt zu werden. Als Kompromiss wurde den Eigentümern eine geringere Erhöhung angeboten. Sie waren damit aber nicht einverstanden und verklagten über 400 Familien beim Amtsgericht Düren auf Zustimmung. Nach monatelangen Auseinandersetzungen kamen die Eigentümer nicht umhin, die Klagen zurückzunehmen und eine Vergleichsregelung zu akzeptieren. Durch diesen Konflikt – weitere folgten – konnte das Mietniveau auf einem sozialverträglichen Maß gehalten werden.

Aufgrund der vielfältigen Aufgaben und der steigenden Mitgliederzahlen wurde die Vereinsstruktur geändert. Neben dem Gesamtvorstand und der Mieterversammlung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen

Bewohner je nach Interesse mitarbeiten, und die im Rahmen ihres Aufgabenbereichs selbständig entscheiden können.

Das jahrelange Engagement des Bürgervereins und dessen Bekanntheit förderte den Aufbau von weiteren Bewohnerorganisationen in Düren, wobei der Bürgerverein und seine Mitarbeiter als Vorbild und Ratgeber dienten. Derzeit gibt es stadtweite Bündnisse, zum Beispiel um Lösungen für die Müllproblematik in Hochhaussiedlungen zu entwickeln. Der Bürgerverein arbeitet auch aktiv in der Regionalen Armutskonferenz sowie im Bündnis für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit im Kreis Düren mit, und er gilt als kompetenter Partner bei Planungen und gemeinsamen Aktionen, zum Beispiel bei der Herstellung von Öffentlichkeit zur Armutsproblematik. Außerdem ist der Bürgerverein Mitglied der Aktionsgemeinschaft KESS, wozu auch die Interessengruppe Sozialhilfe e.V. und das Arbeitslosen-Zentrum Düren e.V. gehören. KESS hat seit seinem Bestehen viele Verbesserungen erreicht, die allen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern im Kreis Düren zugute kommen, zum Beispiel die Gewährung von Zuschüssen zum Haushaltsstrom und die Anpassung der Bekleidungspauschale. Von Bedeutung ist auch die Zusammenarbeit – je nach Aufgabenstellung – mit allen Parteien, Kirchen und Fachämtern der Stadt Düren.

Aufgrund der fast 20-jährigen Erfahrung als selbständig agierende Bewohnerorganisation gibt es wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Arbeit: Die jetzige Organisationsstruktur des Bürgervereins ermöglicht die

Heute, nach 20 Jahren, ist der Bürgerverein in ganz Düren bekannt und wird als eigenständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft anerkannt und ernst genommen.

Umsetzung von neuen Ideen. Sie berücksichtigt die unterschiedlichen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner und führt sie unter einem Dach zusammen. Jede Altersgruppe, jede Nationalität im Viertel ist beteiligt und zur Mitarbeit eingeladen.

Alle wichtigen Entscheidungen werden von der Mieterschaft gemeinsam getroffen.

Heute, nach 20 Jahren, ist der Bürgerverein in ganz Düren bekannt und wird als eigenständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft anerkannt und ernst genommen. Durch seine langjährigen Aktivitäten hat er mit dazu beigetragen, dass durch solidarisches Handeln und Hilfe auf Gegenseitigkeit spürbare Verbesserungen für unsere Viertel und darüber hinaus erreicht werden konnten.

Durch die Gemeinschaft nach innen und das gemeinsame erfolgreiche Auftreten nach außen hin sind wir – und auch ich – selbstsicherer, kom-

petenter und mutiger geworden. Und mittlerweile haben wir auch – so glaube ich – eine Ahnung davon bekommen, was es heißt, mündiger zu werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

SCHLUSSWORT

Dieter Pahlen, Vorsitzender
des Vorstands Aktive Bürgerschaft e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich Sie nun gleich einladen darf, mit einem Glas Sekt auf die Preisträger anzustoßen, lassen Sie mich noch einige Sätze zur weiteren Arbeit des Vereins Aktive Bürgerschaft sagen.

Das Jahr 2001 haben die Vereinten Nationen zum „International Volunteering Year“ erklärt, und auch in Deutschland hat das Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Vorbereitungen zu diesem Jahr bereits in Auftrag gegeben. Hoffen wir, dass nicht erst ab diesem Datum die Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements – ich meine konkret die anstehende Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts – endlich verbessert werden und die Bürgergesellschaft von ihren Fesseln befreit wird.

Doch hat es Zweck darauf zu warten? Ich meine, nein. Solche Jahre des Ehrenamtes sind nichts Neues, und sie bewirken eher wenig. Das Jahr 1993 war in Nordrhein-Westfalen „Jahr des Ehrenamtes“, ein Jahr später erklärte die Bayerische Staatsregierung das Jahr 1994 zum „Jahr des Ehrenamtes“, zumindest für das Gebiet des Freistaates Bayern. Die UNESCO, die Bildungsbehörde der Vereinten Nationen, hat nun das laufende Jahr 1999 zum „Jahr des Ehrenamtes“ erklärt. Nun gut, wir werden auch das Jahr 2001 hinter uns bringen.

Aber auch wenn die Rahmenbedingungen nicht optimal sind, so können wir doch vieles schon heute bewirken, was nicht zuletzt die heutigen Preisträger bewiesen haben. Die Bürgergesellschaft kann nicht von oben verordnet werden, sie wächst von unten.

Was können wir vom Verein Aktive Bürgerschaft dazu beitragen?

Zum einen wollen wir den Austausch der Vereine untereinander fördern, Politik, Wirtschaft und bürgerschaftliche Organisationen zusammenbringen, um in neuen Allianzen Kräfte zu bündeln, Synergien entstehen zu lassen und bisher verdeckte Ressourcen zu aktivieren.

Zum anderen wollen wir die Selbstorganisation der Vereine fördern und stärken. Dazu haben wir mit den Preisträgern das „Netzwerk Innovativer Vereine“ gegründet, das von Frau Dr. Blanc mit viel Engagement und Kenntnis organisiert wird. In Workshops – zum Beispiel unter dem Motto „Vom Pionier zum Profi“ – werden Problembereiche der Vereine ana-

lysiert, Lösungen erarbeitet und Perspektiven aufgezeigt. So profitieren alle von der Hilfe zur Selbsthilfe.

Zum einen wollen wir den Austausch der Vereine untereinander fördern, Politik, Wirtschaft und bürgerschaftliche Organisationen zusammenbringen, zum anderen wollen wir die Selbstorganisation der Vereine fördern und stärken.

Auf einer anderen Ebene bieten wir für alle interessierte Bürgerinnen und Bürgern Weiterbildungsstagnungen in Kooperationen etwa mit der Akademie Franz Hitze Haus an. Praxisorientiert und wissenschaftlich fundiert wird dort in die Schwerpunkte moderner

Organisationsführung von – wie es Neudeutsch heißt – Nonprofit-Organisationen, gemeint sind Vereine, Initiativen oder auch Stiftungen, eingeführt. Die FAZ portraitierte vor zwei Wochen (am 13. November 1999) den bekannten amerikanischen Managementprofessor Peter F. Drucker, der auch als einer der Väter des Nonprofit-Managements gilt. In Deutschland – so sagte mir unser Geschäftsführer Herr Dr. Nährlich, der diese Weiterbildungsveranstaltungen entwickelt – sind wir noch nicht soweit, aber wir holen auf.

Dort wo es möglich ist, versuchen wir bereits bei der Ausbildung der Studierenden anzusetzen. So hat Frau Prof. Dr. Annette Zimmer, Professorin am Institut für Politikwissenschaft und Leiterin unseres Kooperationsprojektes mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Lehrveranstaltungen zum sogenannten „Dritten Sektor“ entwickelt, die in diesem und im kommenden Semester erstmals modellhaft erprobt werden. Ich freue mich sehr, dass sie heute hier ist und nicht der Verlockung erlegen ist, an dem Symposium der DG-Bank „Neue Perspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft“ teilzunehmen, auf dem einige ihrer amerikanischen Kollegen wie u.a. Robert Putnam und Amitai Etzionie über die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts diskutieren.

Sie sehen, meine Damen und Herren, viele sind wie Sie auch in unterschiedlichen Bereichen tätig.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Geschäftsstelle danken, Frau Dr. Blanc, Frau Dause, Frau Niegel und Herr Dr. Nährlich, die die Ziele des Vereins in – wie ich finde – erfolgreiche konkrete Projekte umsetzen.

Die Preisträger 1999

1. Preis
Bürgerverein Satellitenviertel e.V., Düren
Heinz Blatzheim, Berliner Str. 50, 52351 Düren,
Tel. (0 24 21) 757 81

2. Preis
IG Äußere Neustadt e.V., Dresden,
Detlef Pflugk, Prießnitzstr. 18, 01099 Dres-
den, Tel. (03 51) 803 08 56

3. Preis
Otur ve Yasa – Wohnen und Leben e.V.,
Anne Lorenz, Cuvrystr. 13-14, 10997 Berlin,
Tel. (030) 612 41 23

4. Preis
Jahresringe e.V., Oranienburg
Waltraud Walter, Albert-Buchmann-Str. 13,
16515 Oranienburg, Tel. (0 33 01) 58 29 32

5. Preis
ASB Landesverband Hamburg e.V., Ham-
burg,
Karsten Wengels, Frauke Schwarz,
Lupinenweg 12, 22549 Hamburg, Tel. (040)
83 39 83 39

Mitglieder der Jury

ROBERT BARESEL Direktor der R+V Versi-
cherung

SABINE HEINATZ Vertreterin der Preisträger
1998, SV Blau-Weiß Aasee

EBERHARD HEINKE Vertretung Christof Klein,
Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen
Genossenschafts-Zentralbank eG Düssel-
dorf (bis 31. Juli 2000)

HEINZ JANNING Vertretung Gerd Placke Frei-
willigen-Agentur Bremen

PROF. DR. DIETER JÜTTING Institut für Sport-
kultur und Weiterbildung an der WWU

DIETER PAHLEN Vorsitzender des Vorstands
Aktive Bürgerschaft e.V.

HEINRICH PLATH Westfälische Landschaft
Bodenkreditbank AG

DR. ADRIAN REINERT Geschäftsführer
„Stiftung Mitarbeit“, Bonn

DR. JÖRG TWENHÖVEN Mitglied im Kurato-
rium Aktive Bürgerschaft, Regierungspräsi-
dent Münster

ANSGAR WIMMER Leiter des Projektes „Bür-
gerorientierte Kommune“, Bertelsmann
Stiftung

PROF. DR. ANNETTE ZIMMER Institut für
Politikwissenschaft an der WWU, Leiterin
der Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft

Mitglieder des Kuratoriums

DR. JOHANNES BEERMANN, Staatssekretär,
Bevollmächtigter des Landes Hessen beim
Bund

PROF. DR. KURT BIEDENKOPF, Ministerpräsi-
dent des Freistaates Sachsen

WERNER BÖHNKE, Vorstandsvorsitzender der
Westdeutschen Genossenschafts-Zentral-
bank Düsseldorf

WOLFGANG CLEMENT, Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen

DR. WARNFRIED DETTLING, Ministerialdirek-
tor a.D., Publizist

DR. ALEXANDER ERDLAND, Vorstandsvor-
sitzender der Bausparkasse Schwäbisch Hall
AG

DR. JÜRGEN FÖRTERER, Vorstandsvorsitzen-
der der Gesellschaften der R+V Versiche-
rungsgruppe

PROF. DR. HERMANN HILL, Minister a.D.,
Professor an der Deutschen Hochschule für
Verwaltungswissenschaften Speyer

RUTH JANSSEN, Schulamtsdirektorin a.D.

MORITZ KRAWINKEL, Sprecher des Vor-
stands des Westfälischen Genossenschafts-
verbandes e.V.

PROF. DR. CLAUD PETER MOSSLER, Sprecher
des Vorstands des Genossenschaftsverband-
des Rheinland e.V.

DIETER PHILIPP, Präsident des Zentralver-
bandes des Deutschen Handwerks

FRITZ PLEITGEN, Intendant des Westdeut-
schen Rundfunk

CHRISTA THOBEN, Senatorin a.D.

WOLFGANG TIEFENSEE, Oberbürgermeister
der Stadt Leipzig

DR. JÖRG TWENHÖVEN, Regierungspräsident
Münster

Ausschreibungstext

Bewerben können sich alle Vereine, die
▶ auf lokaler Ebene tätig sind und ihre Ar-
beit weisungsunabhängig gestalten können;
▶ mindestens seit 5 Jahren bestehen und
eine kontinuierliche Vereinsarbeit geleistet
haben;
▶ in ihren bisherigen Handlungsfeldern
Engagements, Tätigkeiten, Initiativen oder
Projekte integriert haben, die von öffentlich
relevanter Bedeutung sind;
▶ dabei die Bedeutsamkeit der Zusammen-

arbeit mit anderen Organisationen, Verei-
nen, Trägern usw. erkannt haben und diese
partnerschaftlich praktizieren;
und/oder
▶ bei der Wahrnehmung der neuen öffent-
lichen Aufgaben andere Formen der Betei-
ligung und Zusammenarbeit innerhalb des
Vereins entwickelt haben;
▶ sich vorgenommen haben, diese Ent-
wicklung in der Zukunft konsequent fort-
zusetzen.

Impressum

HERAUSGEBER: Verein Aktive Bürgerschaft

REDAKTION: Irene Dause

LAYOUT: Thomas Schauder

DRUCK: Fleiter Druck/Wadersloh

VERLAG: Verein Aktive Bürgerschaft, Berliner

Platz 24/28, 48143 Münster, Tel. (02 51)

74 75-096, Fax (02 51) 74 75-097

info@aktive-buergerschaft.de

www.aktive-buergerschaft.de

VORSTAND: Wolfgang Burkhardt, Otto

Burmeister, Dieter Pahlen, Günter

Woltermann, Prof. Dr. Annette Zimmer

Aktive Bürgerschaft Dokumentation Nr. 6

ISBN 3-934738-06-0

Münster 2000

Alle Rechte vorbehalten

Der Verein **Aktive Bürgerschaft** wurde 1997 in Münster mit Unterstützung der genossenschaftlichen Organisation gegründet. Ziel des Vereins ist es, die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für das öffentliche Leben zu stärken. Gefördert wird der Verein u.a. durch die WGZ-Bank, die WL-Bank, die Bau-sparkasse Schwäbisch Hall sowie durch die R+V Versicherung.

Aktuell betreibt der Verein folgende Projekte:

- Förderpreis „Aktive Bürgerschaft – Innovation aus Tradition“
- Modellprojekt „Bürgerorientierte Kommune“ (in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung)
- Arbeitsstelle „Aktive Bürgerschaft“ im Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Schwäbisch Hall 
Sparkasse

R+V

WGZ-Bank

WL
BANK